

Zeitschrift für Debatten
ISSN 2943-2820

1/2024

Polygon1

Proteste gegen rechts





Herzlich willkommen zu Polygon1.

Noch eine politisch-populärwissenschaftliche Zeitschrift? Aber sicher. Es kann nicht genug debattiert werden in diesen Tagen der »Zeitenwende«. Polygon soll schwerpunktmäßig politische Themen analysieren und diskutieren, die in der Häppchenkultur der Medien zu kurz kommen.

Dies ist ein Experiment. Die Zeitschrift ist völlig unabhängig. Abhängig ist sie vom Engagement und der Begeisterung Einzelner für große und kleinere Themen.

Beginnen wollen wir mit dem Megathema der Demonstrationen gegen rechts. Ich hoffe, ich werde Ihnen in Zukunft weitere spannende Themen präsentieren können.

Eine anregende Lektüre wünscht Ihnen
Ihr Armin König
Herausgeber

Polygon 1/2024

1. Jahrgang, Heft 1.
Einzelpreis: 16 Euro

Jährlich mindestens 4 Ausgaben

Impressum:

Herausgeber und verantwortlich für den
Inhalt:

Dr. Armin König
art & research südwest
Jahnstr. 9
66557 Illingen

arminkoenig1[at]gmail.com
Druck: BOD

ISSN 2943-2820

Schwerpunkt:

**Demos gegen rechts
Die Mitte erwacht**

Eine Mission gegen die AfD

Eine Partei, die die unantastbare Würde aller Menschen infrage stellt, eine Partei, die sich die Menschen aussuchen will, denen sie die Würde zuspricht - eine solche Partei ist gefährlich. Die AfD will Menschen mit Migrationshintergrund, sie will Menschen mit Behinderung, sie will geflüchtete Menschen absondern, aussondern oder abschieben. "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Diesen Fundamentalartikel 1 des Grundgesetzes will die AfD mit einem bössartig-gefährlichen Satz ergänzen: "Die Würde des Menschen ist unantastbar - aber nur, wenn wir, die AfD, diesen Menschen für würdig erachten."

Heribert Prantl in der SZ, 25.2.2024

Prantls Blick

Die heilige Brandmauer

25. Februar 2024, 13:20 Uhr | Lesedauer: 4 min | [6 Kommentare](#)

Weil es mir wichtig ist.

Armin König

Abstract

Europas Permakrise stresst die Bevölkerung in den meisten EU-Ländern. Deutschland gehört derzeit zu den stressanfälligsten EU-Staaten, in denen das Potenzial für radikal-populistische Parteien gestiegen ist. Durch Regierungsdefizite und Koalitionskonflikte ist Vertrauen in die Politik verlorengegangen. Davon profitieren Populisten. Bei der 10. Europawahl ist mit höheren Wahlergebnissen der AfD und anderer Radikalpopulisten zu rechnen. Deren Ziel ist der »Regime Change«, in letzter Konsequenz kann dies ein Umsturz sein. Der Marsch durch die Institutionen hat begonnen, die Unterwanderung der Gesellschaft ist fortgeschritten (Landrats- und Bürgermeisterwahlen in Ostdeutschland). Das Radikalentreffen bei Potsdam hat aufgeschreckt. Die Furcht vor massenhaften Menschenrechtsverletzungen und einer Gefährdung der Demo-

kratie mobilisiert Menschen, auf die Straße zu gehen. Massendemonstrationen haben mediale und kommunikative Wirkung. Sie sind dadurch ein Machtfaktor, wecken Aufmerksamkeit und bringen Feinde der Demokratie in die Defensive. Zwangs-Remigration als rechtsextremes Triggerthema muss trotz der Kundgebungen ernst genommen werden. Good Governance ist notwendig. Dazu gehören Achtung der Rechtsstaatlichkeit, Offenheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den demokratischen Institutionen, Fairness und Gerechtigkeit im Umgang mit den Bürgern. Die demokratische Gesellschaft verfügt über Power und wird aktiv, wenn sie herausgefordert wird. Die Proteste haben eine signifikante Resonanz erzielt. Diese Art der direkten Partizipation zwingt die Regierenden zu einer konstruktiven, bürgernahen »Cohabitation« mit der Bevölkerung. Das ist neu in Deutschland und sollte als Chance betrachtet werden.

Abstract (engl.)

Europe's permakrisis is stressing the population in most EU countries. Currently, Germany is among the most stress-prone EU states, where the potential for radical populist parties has increased. Due to government deficits and coalition conflicts, trust in politics has been lost. Populists benefit from this. In the 10th European election, higher results for the AfD and other radical populist parties are expected. Their goal is »regime change«, which ultimately can lead to overthrow. The march through the institutions has begun, and the infiltration of society is advanced (district and municipal elections in East Germany). The radical meeting near Potsdam has caused alarm. Fear of mass human rights violations and a threat to democracy mobilizes people to take to the streets. Mass demonstrations have media and communicative effects. They become a power

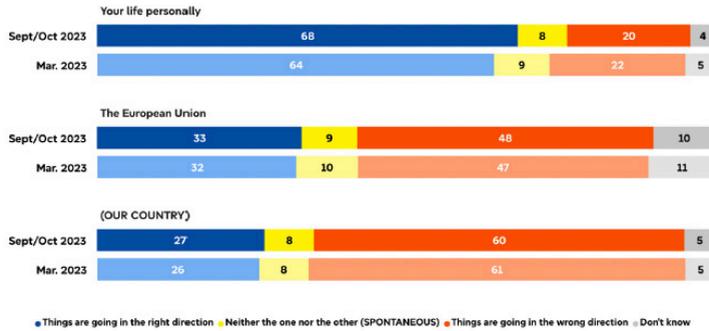
factor, attract attention, and put enemies of democracy on the defensive. Forced remigration as a far-right trigger issue must be taken seriously despite the protests. Good governance is necessary. This includes respect for the rule of law, openness, transparency, and accountability to democratic institutions, as well as fairness and justice in dealing with citizens. Democratic society possesses power and becomes active when challenged. The protests have achieved enormous resonance. This type of direct participation forces those in power into a constructive, citizen-oriented »cohabitation« with the population. This is new in Germany and should be seen as an opportunity.

Europa in der Permakrise

Europa ist in einer Dauerkrise. Die »Permakrise« (EU-Kommissar Breton 2023)[1] der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten wirkt massiv auf die Befindlichkeiten der Bevölkerung und damit auch auf die Einschätzung der persönlichen und politischen Lage. Das ist das Ergebnis einer Sonderumfrage von Eurobarometer[2] im September und Oktober 2023, veröffentlicht im Dezember 2023. Während 68% der Eurobarometer-Befragten die Meinung äußern, dass ihr persönliches Leben in die richtige Richtung geht (Tab.1), sagen das im Hinblick auf Europa nur noch 33% (Tab.1). Wenn es um das eigene Land geht, sind es im Durchschnitt nur noch 27 Prozent (Tab.1). Dagegen sagen 60 Prozent: »Things are going in the wrong direction«. (Eurobarometer Dezember 2023) In der offiziellen EU-Zusammenfassung wird dies kaschiert.[3]

D73

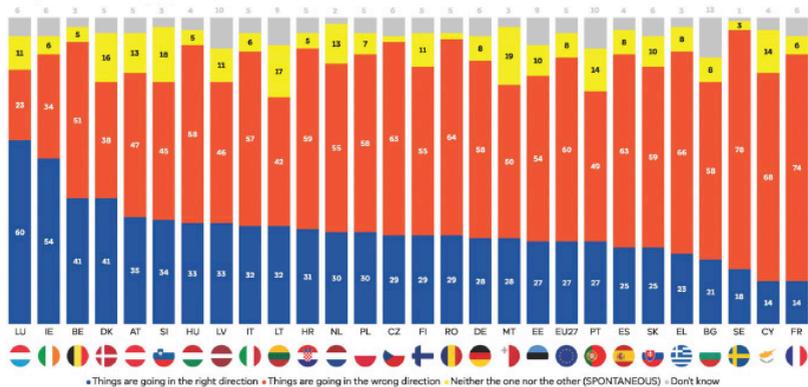
At the present time, would you say that, in general, things are going in the right direction or in the wrong direction, in...? (EU27) (%)



Tab1. Eurobarometer: Die Unterschiede in der Einschätzung der persönlichen Lage, der Situation in der Europäischen Union und im eigenen Land unterscheiden sich signifikant. Grafik: Eurobarometer 2023.

D73.1

At the present time, would you say that, in general, things are going in the right direction or in the wrong direction, in...? (OUR COUNTRY) (%)



Tab2. Eurobarometer: Die Einschätzung in den einzelnen EU-Staaten zeigt eklatante Unterschiede. Deutschland ist ins Mittelfeld abgerutscht. Grafik: Eurobarometer 2023.

Die Einschätzung der persönlichen Lage, der Situation in der Europäischen Union und im eigenen Land unterscheiden sich signifikant (Tab. 1). Auch die Bewertung durch die Befragten in den einzelnen EU-Staaten zeigt eklatante Unterschiede. Deutschland ist ins Mittelfeld abgerutscht (Tab. 2) und hat unverkennbar Krisensymptome.[4]

Mit Blick auf die Europawahl im Juni 2024 ist dies ein alarmierender Befund. Europas Permakrise stresst die Bevölkerung in den meisten EU-Ländern.[5]

EUROPEAN PARLIAMENT
EURO
BARO
METER

PARLEMETER 2023
SIX MONTHS BEFORE THE 2024 EUROPEAN ELECTIONS

Abb.1: Indizien für Stress durch EU-Permakrise finden sich im jüngsten Euro-Parlemeter 2023. Grafik: EP

In Deutschland ist viel Vertrauen verlorengegangen

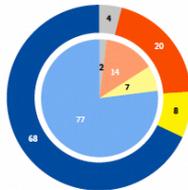
Besonders eklatant ist der Vertrauensverlust in Deutschland, wo sich die Zustimmungswerte drastisch verschoben haben. Deutschland gehört mittlerweile auch zu den stressanfälligen Staaten, in denen die Verunsicherung der Bevölkerung hoch und das Potenzial für radikalpopulistische Parteien und Politiker*innen deutlich gestiegen ist. Dass die Dinge in die richtige Richtung gehen, sagten im September und Oktober 2023 nur noch 28% der Befragten [Tab 4]. Das war ein Einbruch gegenüber März 2023 um 10 Prozentpunkte. Gleichzeitig stieg die Zahl derjenigen, die der Auffassung sind, dass die Dinge in die falsche Richtung laufen, von 45 auf 56% gestiegen. Damit spielt Deutschland in einer Liga mit Ungarn. Dramatisch schlechter sind nur noch Tschechien, Estland und die Slowakei.

Zufriedenheit mit der Entwicklung der Dinge: Persönliches Leben der Bürger



D73.4. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?: Ihrem persönlichen Leben (%)

EU27 ● Äußerer Kreis
DE ● Innerer Kreis

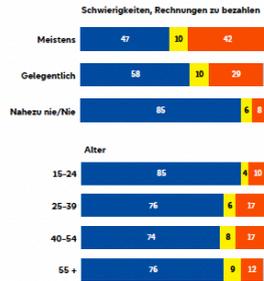


	EU27	DE
Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	68	77
Weder das eine noch das andere (SPONTAN)	8	7
Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	20	14
Weiß nicht/Keine Angabe	4	2

** (Sept/Okt 2023 - März 2023)

● Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung ● Weder das eine noch das andere (SPONTAN) ● Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung ● Weiß nicht/Keine Angabe

Soziodemografische Aufschlüsselung (%)



10

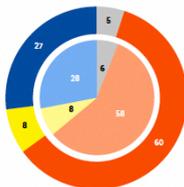
Tab3. Eurobarometer: Mit ihrer eigenen Situation sind die meisten Deutschen durchaus zufrieden. Grafik: Eurobarometer 2023.

Zufriedenheit mit der Entwicklung der Dinge: Nationale Ebene



D73.1. Würden Sie sagen, dass sich die Dinge in ... derzeit ganz allgemein in die richtige Richtung oder in die falsche Richtung entwickeln?: (UNSEREM LAND) (%)

EU27 ● Äußerer Kreis
DE ● Innerer Kreis

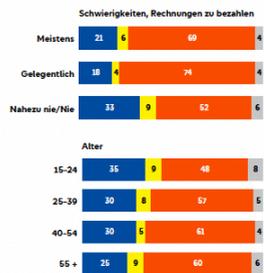


	EU27	DE
Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung	27	28
Weder das eine noch das andere (SPONTAN)	8	8
Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung	60	58
Weiß nicht/Keine Angabe	5	6

** (Sept/Okt 2023 - März 2023)

● Dinge entwickeln sich in die richtige Richtung ● Weder das eine noch das andere (SPONTAN) ● Dinge entwickeln sich in die falsche Richtung ● Weiß nicht/Keine Angabe

Soziodemografische Aufschlüsselung (%)



9

Tab4. Eurobarometer: Die »Entwicklung der Dinge auf nationaler Ebene« sehen die meisten Deutschen aber extrem kritisch. Da läuft viel falsch. Grafik: Eurobarometer 2023.

Die Steigerung der Unzufriedenheit ist signifikant und hat Auswirkungen auf die Polarisierung vor allem bei Triggerthemen (Mau et al 2023)[6], auf die Zustimmungswerte für populistische Parteien und auf die allgemeine Stimmung im Land. So ist die Zufriedenheit mit der Bundesregierung im Januar 2024 im ZDF-Politbarometer auf den niedrigsten je gemessenen Wert gefallen [7], wobei die Validität der »Sonntagsfrage« und der Umfragemethoden durchaus problematisch gesehen wird (Gschwendt et al. 2018) [8]. Darauf kann hier aber nicht näher eingegangen werden.

Die schlechtesten Kanzlerwerte, die das ZDF-Politbarometer je für eine Bundeskanzlerin oder einen Bundeskanzler gemessen hat, schlagen auf die Stimmung und auf die Beurteilung der Bundesregierung durch.

Drohen Wahlerfolge der AfD?

In der »Mediendemokratie« (Jun 2004;) [9] werden die »Prognosen« auf unterschiedlichen Kanälen x-fach vervielfältigt und können in mehreren Monaten im Sinne einer self-fulfilling prophecy durchaus eintreten. So wird in vielen Qualitätsmedien über mögliche Wahlerfolge 2024 der in Teilen rechtsextremen AfD in den ostdeutschen Bundesländern und die Folgen spekuliert [10]. Die Zustimmungswerte für die Radikalen sind Anfang 2024 so hoch, dass diese politischen Außenseiter ab Herbst 2024 massiv Einfluss auf die politischen Entscheidungen in ihren Ländern und in Deutschland insgesamt neh-

**Systemsprenger auf dem Sprung:
Die radikalisierte AfD profitiert
von der Unzufriedenheit der
Wähler*innen.**

men können. Verfassungsjuristen diskutieren, was passiert, wenn Verfassungsfeinde in Ministerämter gelangen sollten – und sei es auch nur in einem einzelnen Bundesland. [11]

Populisten haben darüber hinaus eigene Nachrichten- und Kommunikationskanäle für ihre Zwecke etabliert (Telegram, NIUS) [12]. Die Radikalisierung in solchen medialen »Blasen« ist nicht zu unterschätzen.

Die radikalisierte AfD macht sich trotz Beobachtung durch den Verfassungsschutz in

Wird die Europawahl zum Ventil für die Unzufriedenen des Kontinents? Welche Folgen hat dies für die Handlungsfähigkeit Europas? Wie wird dies das politische Agendasetting verändern?

bestimmten Bundesländern gar nicht mehr die Mühe, sich einen seriösen politischen Anstrich zu geben. Auch bei der Europawahl 2024, die als »second order election« (Marsh 1998)[13] gilt, ist angesichts stabil hoher Umfrageergebnisse und regionaler Wahlergebnisse mit Erfolgen der AfD und vieler anderer Rechtspopulisten zu rechnen, da bei solchen »Nebenwahlen« Protestparteien i.d.R. profitieren, wenn es Unmut über Regierungsparteien gibt. Tatsächlich stellt sich angesichts der Umfrageergebnisse des Eurobarometers »Parlemeter 2023« die Frage, ob die 10. Europawahlen im Juni 2024 zu einem Ventil für die Unzufriedenen des Kontinents werden könnten. Da es sich bei Europawahlen um Nebenwahlen in den Mitgliedstaaten handelt, werden sie auch von den jeweiligen nationalen Themen bestimmt. (Braun & Tausendpfund 2021)

Deshalb ist mit »Quittungen« für unerfüllte Wahlversprechen zu rechnen. Das ist

»Eine Geschichte ist dann zu Ende gedacht, wenn sie die schlimmstmögliche Wendung genommen hat« (Friedrich Dürrenmatt).

Europa muss sich auf Worst-Case-Szenarien einstellen. Das gilt für die Sicherheitspolitik, die Binnenmarktpolitik, aber auch für Menschenrechtsfragen.

Worst-Case-Szenarien gelten aber auch national. Was geschieht, wenn radikale Nationalisten und Populisten Schlüssel-funktionen im Staat einnehmen – und sei es »nur« in Bundesländern? Das Jura-Portal LTO hat näher analysiert, ob verhindert werden kann, dass Verfassungsfeinde in Spitzenpositionen des Staates gelangen, insbesondere im Innen- und Sicherheitsressort. Es ist fast nicht möglich. Nur die Wähler*innen können es verhindern.

die Crux in Deutschland – und nicht nur hier. Angesichts der Bedeutung Europas für die politische Agenda in nationalen und regionalen Räumen (Wirtschaft, Handel, Soziales, Arbeit, Umwelt, Klima, Verbraucherschutz, Digitalwirtschaft, Rechtswesen, Ausschreibungen, Wettbewerbsrecht, Fiskalpolitik) wäre es allerdings eine Fehleinschätzung, Europawahlen zu unterschätzen.

Die Konsequenzen sind keineswegs neben(wahl)sächlich: Welche Folgen hätte ein Erfolg der Radikalpopulisten bei der Europawahl? Würde dies die Handlungsfähigkeit Europas in der Sicherheits-, Wirtschafts-, Außen-, Verteidigungs- und Menschenrechtspolitik massiv einschränken, auch und gerade angesichts eines drohenden Trump-Wahlsiegs in den USA? Wie würde ein Wahlerfolg der Populisten das Agenda-Setting in Europa verändern? Welche Auswirkungen hätte dies sozial?

Das Radikalentreffen in Neu Fahrland bei Potsdam: Ein Einschnitt?

**Die Unverfrorenheit, mit der
die Neue Rechte und die
Rechtsextremisten auftreten,
hat viele Politik-Expert*innen
überrascht. Auch die
Schnittstellen verblüffen.
Dass wohlhabende CDU-
Mitglieder ohne Skrupel
zu Veranstaltungen der
extremen Rechten kommen,
irritiert.**

Das Radikalentreffen in Neu Fahrland hat die Lage fundamental verändert: Ein Gamechanger?

Doch inzwischen haben die Radikalen und Extremisten möglicherweise den Bogen überspannt. In Neu Fahrland bei Potsdam trafen sich im November 2023 auf dem privaten Landgut Adlon rechtsextreme Identitäre, AfD-Funktionäre, Werte-Unions-Vorstandsmitglieder und CDU-Mitglieder zu einem konspirativ-subversiven Treffen, bei dem es dem Vernehmen nach um massenhafte »Remigration« von Menschen mit Migrationshintergrund ging. Gemeint war nach übereinstimmender Auffassung unterschiedlicher Analytiker*innen die gewaltsame Vertreibung von unerwünschten Menschen aus Deutschland – unter Bruch der Verfassung. Vortragender war der rechtsextreme Propagandist der rechtsextremen Identitären Bewegung, (IB), Martin Sellner.

Klagewelle gegen Correctiv

Nach den Enthüllungen der Plattform »correctiv«, den Massenkundgebungen und den verheerenden Kritiken gegen Teilnehmer*innen des Treffens in Neu Fahrland haben mehrere Beteiligte Strafanzeige erstattet und medienrechtliche Klagen eingereicht. Die »Berliner Zeitung«, die seit dem Eigentümerwechsel stark nach rechts gerückt ist, und die offenkundig AfD-affine Berliner Redaktion der Neuen Zürcher Zeitung mit ihrem Rechtsaußen Alexander Kissler haben entsprechende Berichte veröffentlicht. Umstritten sind vor allem folgende Fragen: Gab es eine illegale Abhöraktion? Wurde tatsächlich darüber gesprochen, auch Menschen mit deutschen Pass abzuschieben? Wie konkret waren die Aussagen zu Remigration? Ging es auch implizit um Deportationen? Wie ist dies presserechtlich zu würdigen?

Die Enthüllungen der Plattform correctiv im Januar 2024[14] waren das Momentum, das Millionen von Menschen bewegt hat, auf die Straße zu gehen. Drastik, Radikalität, Rücksichtslosigkeit und unverhohlene Menschenverachtung der rechtsextremen Strategie- und Masterpläne haben überall in Deutschland Menschen schockiert und aufgerüttelt.

Ist Re-Migration ein Codewort für Deportation?

Die Pläne (»Remigration«, von Wissenschaft und Politik auch »Deportationsfantasien« genannt) der Rechtsextremisten, würden sie auch nur ansatzweise umgesetzt, würden zu gravierenden Rechtsbrüchen[15] und Ungerechtigkeiten führen, vor denen

viele Menschen wegen des erkennbaren Angriffs der Radikalen und Extremisten auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland große Angst haben. Es wären ja nicht nur Angriffe auf die Verfassung, sondern auch auf zehntausende Bürgerinnen und Bürger dieses Landes. Diese Vorschläge der Rechtsextremisten und -radikalen, von denen Correctiv und darauf aufbauend Dutzende deutsche und internationale Medien berichtet haben, sind eindeutig verfassungswidrig[16]. Das gilt insbesondere für die Vorstellung, Menschen (auch mit deutschem Pass?) abzuschieben, die nicht »assimiliert« sind, wie es die Rechtsextremisten dem Vernehmen nach bei ihrem Potsdamer Treffen in die Welt gesetzt haben.

Das Thema hat, wie mittlerweile durch Social-Media-Kanäle und Presse bekannt, in AfD-Kreisen schon lange eine Rolle gespielt. Rechtsextreme AfD-Politikerinnen und -Politiker bekennen sich offen dazu.

Eklatante Bedrohungen: Die extrem spaltenden und Millionen Menschen gefährdenden Regierungspläne der AfD haben viele Menschen alarmiert

Die immer offenkundigeren »Bedrohungen der Demokratie« (Brodocz; Llanque & Schaal 2008)[17] durch rechtsextreme und rechtsradikale Ideologien und Aktivitäten sind nicht neu, geraten aber durch die Permakrise in Europa und Deutschland zunehmend in den Fokus der Politik und der Wissenschaft. Ernst genommen hat man dieses Problembündel und die Opposition eines Teils der Öffentlichkeit viel zu spät. Möglicherweise hat die Politik die Lage über Jahre falsch eingeschätzt und die Zustimmung zur eigenen politischen Linie überschätzt.

Insbesondere der schier unaufhaltsame Aufstieg der AfD hat nun viele Menschen alarmiert.

Angesichts der medial vielfach kommunizierten Krisensymptome der Ampelkoalition und des sinkenden Vertrauens in Parteien und deren Spitzenvertreter*innen haben die Wähler*innen offensichtlich erkannt, dass sie sich stärker selbst engagieren müssen. Sie sind es, die in ihrer Gesamtheit nach Artikel 20 des Grundgesetzes das Volk bilden - vor dem Gesetz gleich, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Geschlechts, ihrer Einstellungen oder Religionen. Demokratieprinzip, Bundesstaatsprinzip, Gewaltenteilung, Rechtsstaatsprinzip mit dem Vorrang von Verfassung und Gesetz, dem Gesetzesvorbehalt, Fragen der Rechtssicherheit, des Rechtsschutzes und das Sozialstaatsprinzip sind in diesem Verfassungsartikel 20 GG konzentriert.

»Gegen jeden, der es unternimmt diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.« (Art. 20, Abs. 4 GG)

Bürger*innen setzen sich zur Wehr

Weil diese verfassungsmäßigen Grundlagen zunehmend bedroht sind durch Rechtsextremisten, setzen sich Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Gesellschaft aktiv zur Wehr und zeigen Flagge. Demonstrationen mit hunderttausenden Teilnehmern sind ein wichtiges Mittel der Partizipation in diesem Kampf für demokratische Werte. Kritischen (gesteuerten?) Stimmen, die die Wirksamkeit dieser Demonstrationen bestreiten[18], kann man entgegenhalten, dass gerade die körperliche Präsenz tausender, zehntausender oder sogar hunderttausender Menschen mehr als nur ein symbolische Akt ist.

Demonstrationen mit körperlichen Ko-Präsenzen sind ein fundamentaler Akt demokratischer Partizipation.

Wenn die Regierung die wehrhafte Demokratie nicht garantiert, ist die »Mitte der Bevölkerung« gefordert.

Demonstrationen mit der körperlichen Ko-Präsenz vieler sind ein fundamentaler Akt der demokratischen Partizipation. Die Bedeutung körperlicher Präsenz ist durch das moderne Theater offenkundig geworden. Erika Fischer-Lichte hat die Performanz körperlicher Kopräsenz in einem Suhrkamp-Essay 2004 deutlich zum Ausdruck gebracht: Emotionen, Gesten, Reden, intensive Gemeinsamkeit, Atmosphäre und eine starke Präsenz der Körper sind bestens in der Lage, Spannung zu erzeugen, auch durch argumentative Konfrontation mit Transparenten, Schildern, Audio- und Video-Equipment. [19]

Partizipation, als direkte Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an politischen Prozessen, wird seit den 1970er Jahren intensiv diskutiert und gilt als unverzichtbares Prinzip der Demokratie (Volker Gerhardt 2007). [20] Der Fall der Mauer und des Eisernen Vorhangs ist ohne die Montagsdemonstrationen nicht denkbar. Überall, wo es friedliche Revolten gegen autoritäre Regime gab, hat der Protest auf der Straße eine entscheidende Rolle gespielt.

Macht durch Art. 8 GG

(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.

(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Partizipation durch Demonstration

Kundgebungen und Demonstrationen gehören zu den nicht-verfassten Partizipationsformen. Sie haben keine rechtlich bindenden Konsequenzen, aber eine starke Symbolkraft und eine nicht zu unterschätzende Wirkung auf Gewählte, die es sich nicht leisten können, diese »Abstimmung mit den Füßen« zu ignorieren.

Die Teilnahme an Kundgebungen und Demonstrationen »erfordert eine höhere Bereitschaft zum politischen Engagement als die Teilnahme an Wahlen, ist aber eher dazu geeignet, Themen ganz gezielt auf der Agenda der politischen Institutionen nach oben zu befördern«. (Sächsische Landeszentrale für politische Bildung)





Die machtvolle Medienwirkung der Kundgebungen

Massendemonstrationen haben mediale und kommunikative Wirkung. Sie sind dadurch ein Machtfaktor, wecken Aufmerksamkeit und bringen diejenigen, gegen die demonstriert wird – hier die Feinde Demokratie – in die Defensive. Das wird in der Debatte über die Wirkung und die Nachhaltigkeit solcher Kundgebungen unterschätzt.

»Der unmittelbare, keinen Aufschub duldende Protest signalisiert eine Authentizität von Motiven und eine Dringlichkeit des reaktiven Protests, dem u. U. eine besondere Legitimität zugesprochen wird. Das zeigt sich auch daran, dass im Versammlungsrecht die auf konkrete Auslöser hin stattfindenden ›spontanen‹ Aufzüge und Versammlungen von der ansonsten bestehenden Anmeldepflicht befreit sind. Somit kann rasch auf einen Vorfall, etwa eine überraschende militärische Aktion oder einen Brandanschlag auf ein

Asylbewerberheim, reagiert werden. Nicht nur das Ereignis selbst, sondern auch der darauf bezogene Protest kann dann Inhalt von ›breaking news‹ werden.« (Rucht 2016)

Es geht um Deutungshoheit, Grenzziehungen und Aufmerksamkeit, auch durch wiederkehrende, ritualisierte Demos.



Foto: Armin König

Hannes Bajohr und Seyla Benhabib haben den Begriff der »Staatsbürgerschaft der Wachsamkeit«[21] eingeführt, der auf Judith Shklars[22] theoretischem Konzept der Aufmerksamkeit basiert und eine besondere Verantwortung der Bürgerinnen und Bürger für die Verteidigung demokratischer Prinzipien betont. Diese Staatsbürgerschaft der Wachsamkeit oder der Aufmerksamkeit gehört ebenso zu den Stützpfeilern der Demokratie wie »das Vermögen zu autonomem Denken«. (Reitz 2020)[23] Wichtig ist aber auch »ein Staatsapparat, der über ein starkes Rechtsbewusstsein verfügt«. (Reitz 2020) Es geht also um Rechte und Pflichten oder Verpflichtungen in einer liberalen Demokratie. Die jüngsten Enthüllungen über subversive Treffen rechtsextremer Gruppen, wie das in Neu Fahrland bei Potsdam im November 2023, verdeutlichen die akute Gefahr, die von rechtsextremen Parteien und Politiker*innen und deren Ideologie und Ideen für die liberale Demokratie ausgeht.

Die Mitte setzt sich zur Wehr gegen wuchernden Extremismus

Es ist faszinierend, zu sehen, wie praktisch aus dem Nichts eine große Volksbewegung entstanden ist. Die Mitte Deutschlands setzt sich massiv und eindrucksvoll gegen rechtsextremistische Umtriebe zur Wehr. Es sieht so aus, als hätte die »schweigende Mitte« ihr Phlegma und ihre Resignation überwunden und mit ihren Kundgebungen und Demonstrationen gegen rechts eine eigene Sprache des Widerstands gegen den wuchernden Extremismus gefunden. Die Ampelkrise hat die Menschen lange gelähmt, diese Passivität scheint nun überwunden. Wir erleben eine regelrechte Graswurzel-Bewegung, eine Basisbewegung. Junge und alte Menschen, Familien mit Kindern, erfahrene Demonstranten und Neulinge, organisierte Gruppen und Einzelpersonen stehen Seite an Seite neben Parteien, Jugendorganisationen, Kirchen und Gewerkschaften.

AK



Foto: König

Menschen aus der Mitte der Gesellschaft zeigen auf sympathische Art Zivilcourage und Engagement. Sie gehen auf die Straße, nehmen an stillen Gedenken oder überparteilichen Kundgebungen teil und sagen: »Nie wieder ist jetzt« oder einfach: »Meine Frau ist GUT für dieses Land«.

**Warum das
Wissen über den
rechtsextremen
Kampfbegriff
»Remigration«
wichtig ist:
Ein deutsches
Schlüsselthema.**

Zwangs-Remigration als rechtsextremes Triggerthema

Die von den Rechtsextremen und Identitären geforderte »Remigration« ist rechtswidrig und moralisch durch und durch verwerflich. Tatsächlich handelt es sich bei den in Potsdam vorgestellten Plänen und Strategien um eine Form der Zwangs-»Remigration«, die den Charakter der Deportationen trägt. Es ist vor allem die Identitäre Bewegung IB, die den Begriff als Codewort nutzt, mit dem sie xenophobe Inhalte transportiert. Es ist »Kulturrassismus hinter popkultureller Fassade«[24], das macht die Bewegung so gemeingefährlich.

»Rechtsextremes Framing für Deportationsfantasien«[25] nennt die Amadeu-Antonio-Stiftung die in Neu Fahrland vorgestellten Remigrations-Pläne des rechtsextremen Identitären Martin Sellner.

Zunächst beschreibt die Stiftung die Art, wie Rechtsextreme Begriffe kapern, die auf den ersten Blick neutral wirken:

»»Remigration« ist ein Paradebeispiel für die verschleierte Sprache der Rechtsextremen: Remigration bezeichnet wissenschaftlich die Rückkehr in die Herkunftsgesellschaft am Ende der Migrationsbewegung eines Menschen. Als politisches Ziel formuliert, macht der Begriff den Eindruck, als handele es sich zunächst um eine Maßnahme im Zuge einer Migrations-Politik.« (Amadeu-Antonio-Stiftung 2024)

Tatsächlich geht es aber um eine perfide menschenfeindliche, willkürliche, rechtswidrige Selektionspolitik:

»Hinter dem beschönigenden Begriff steckt ein ungeheuerlicher Plan, der sich gegen das Grundgesetz und die Gleichwertigkeit und Würde aller Menschen richtet: Rechtsextreme teilen Menschen nach Haut-

farbe und Herkunft in wertvolles und weniger wertvolles Leben ein – und die AfD will willkürlich Menschen abschieben, auch wenn sie Deutsche sind. Es geht nicht um Migration: Es geht um Rassismus, Menschen zu sortieren, Menschen unter Zwang auszuweisen und zu deportieren.« (Amadeu-Antonio-Stiftung)

»Remigration« ist ein rechtsextremer Kampfbegriff - benutzt unter anderem von der Identitären Bewegung (IB), der »Jungen Alternative«, der AfD, sowie rechtsextremistischen Kleinparteien und Publizisten aus dem rechtsextremen Spektrum.

Als Tarnvokabel und Euphemismus bezeichnet »Remigration« die Absicht fremdenfeindlich ausgerichteter Politik, unter Verstoß gegen die Menschenwürde, Personen »unter unwürdigen Bedingungen aus Deutschland zu deportieren« (Jury des Unworts des Jahres).

Was sich wirklich hinter dem Kampfbe-
griff verbirgt, machte 2018 der heimliche
Anführer der AfD, der Thüringer Landes-
vorsitzende Björn Höcke öffentlich, als er
in seinem Buch »Nie zweimal in denselben
Fluss« von einem »großangelegten Remigra-
tionsprojekt« schrieb, das im Sinne Sloter-
dijks »wohltemperierte Grausamkeit« erfor-
dere.[26]

Bürgerlichen Lesern aus der Mitte der
Gesellschaft gefriert das Blut, wenn sie Hö-
ckes totalitäre, diktatorische Gewaltvisionen
lesen.

Man muss diese pervers klingenden Sät-
ze hier abdrucken, um die brachiale Gewalt
zu demonstrieren, mit der Höcke und seine
Mitreiter ihre politischen Remigrations-
Vorhaben zu Lasten weiter Teile der Bevöl-
kerung ganz im Stile der braunen Vorbilder
in die Tat umsetzen wollen:

»Vor allem eine neue politische Führung wird dann schwere moralische Spannungen auszuhalten haben: Sie ist den Interessen der autochthonen Bevölkerung verpflichtet und muß aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwider laufen. (...) Ja, neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein großangelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein. Und bei dem wird man, so fürchte ich, nicht um eine Politik der ›wohltemperierten Grausamkeit‹, wie es Peter Sloterdijk nannte, herunkommen. Das heißt, daß sich menschliche Härten und unschöne Szenen nicht immer vermeiden lassen werden.« (Höcke, zitiert nach SPIEGEL)[27]

Der SPIEGEL zitiert weitere Stellen aus dem Verfassungsschutz-Gutachten, die nicht minder faschistisch-grausam klingen:

»Auch wenn wir leider ein paar Volksteile verlieren werden, die zu schwach oder nicht willens sind, sich der fortschreitenden Afrikanisierung,

Orientalisierung und Islamisierung zu widersetzen“ – auch dieses Zitat aus Höckes Buch fand sich später im Verfassungsschutz-Gutachten und dürfte einer der Gründe sein für die nun vollzogene Einstufung des „Flügels“ als rechtsextrem.« (SPIEGEL 12.3.2020: Rechtsextreme in der AfD: So sprechen «Flügel»-Anführer Höcke und seine Leute)[28]

»Höcke will den Bürgerkrieg«, schrieb die ZEIT daraufhin[29]: »Dieses ›Remigrationsprojekt‹, so schreibt es Höcke, sei wohl nur mit Gewalt zu schaffen«, zitiert Hajo Funke den extremistischen AfD-Führer. »Er denke an einen ›Aderlass‹. Diejenigen Deutschen, die seinen politischen Zielen nicht zustimmten, würden aus seinem Deutschland ausgeschlossen werden. Er trete für die Reinigung Deutschlands ein. Mit ›starkem Besen‹ sollten eine ›feste Hand‹ und ein ›Zuchtmeister‹ den ›Saustall ausmisten‹.« (Funke 2019)[30]

**»Höcke will den
Bürgerkrieg«**

**»Mit wohldosierter
Grausamkeit«**

**»Menschliche Härte,
unschöne Szenen,
Aderlass«**

Gerichtlich bestätigte Verfassungswidrigkeit

Die Verfassungswidrigkeit der Remigrations-Pläne ist im Zuge der Verfahren zur Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz mehrfach durch Gerichte bestätigt worden. An den Absichten unterschiedlicher rechtsextremistischer Vereinigungen, Parteien und Organisationen besteht zumindest seit 2016, so die Gerichte, kein Zweifel. Ziel der Bestrebungen ist letztlich »die Ausweisung von Bevölkerungsteilen aus Deutschland und Europa, die den ethnokulturellen Kriterien der IB nicht entsprechen« (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 28. Februar 2020 – 10 CE 19.2517 –, juris).

»Ziel der Bestrebungen ist letztlich die Ausweisung von Bevölkerungsteilen aus Deutschland und Europa, die den Kriterien der IB nicht entsprechen.«

Die Rechtsextremen sind eine extreme Minderheit - noch

Es geht den Rechtsextremen aber nicht nur um so bezeichnete ethnokulturelle Kriterien, sondern auch um Einstellungen und die »Assimilation« der Menschen in die deutsche Gesellschaft und Herkunft. Wer dies nach Ansicht der AfD nicht erfüllt, ist in Gefahr. Die Reaktionen der rechtsextremen AfD auf die Massenproteste aus der Mitte der Bevölkerung zeigen ihre Verunsicherung und verdeutlichen den zunehmenden Druck, dem sie durch die Mobilisierung der bisher schweigenden Mehrheit ausgesetzt ist. Der Populismus der AfD, der auf der Spaltung der Gesellschaft in »reines Volk« und »korrupte Eliten«^[31] beruht, wird durch die breite Teilnahme an den Demonstrationen konterkariert. Die Rechtsextremen haben eben nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich.

Ungeachtet der Kritik an aktueller Regierungspolitik, Parteien und Institutionen zeigt sich dank der bürgerlichen Kundgebungen ein grundlegendes Vertrauen der Bevölkerung in die Demokratie. Und es ist nicht nur eine Angelegenheit der Politik. Wirtschaft, Sport, Showbusiness, Film, Kultur - sie alle zeigen Flagge, machen mit gegen Extremisten, bekennen sich zur liberalen, freiheitlichen, rechtsstaatlichen Demokratie und zeigen gegen die Rechtsextremisten klare Kante. Normativ stärkt die wehrhafte Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideen und Praktiken die demokratischen Werte und festigt das Bewusstsein für die Aufgabe, die Demokratie aktiv zu verteidigen.

Allerdings versuchen Medien im rechten Umfeld in Verbund mit AfD und Sympathisanten der WerteUnion, diese positiven Wirkungen zu unterminieren. Die AfD ihrerseits nutzt vor allem Tiktok, um Gegenöffentlichkeit zu generieren.



Breiter gesellschaftlicher Protest gegen rechts. Fotos: Lauriel / Jusos Saarland

**Nichts ist harmlos bei Rechtsextremen:
Sie meinen, was sie in die Welt posaunen**

Nichts ist harmlos bei diesem und anderen rechten Treffen, nichts ist ungefährlich in dieser Runde, nichts ist ohne radikal-brutalen Hintergrund bei den Rechtsextremen. Man weiß dort sehr wohl, dass man auf vermintem Gelände steht und dass dies ein Thema für den Verfassungsschutz ist. Dennoch kreisten und kreisen alle Diskussionen um das Triggerthema »Remigration«.

Über diese mutmaßliche Massenvertreibung hat Autor Martin Sellner im rechtsradikalen Antaois-Verlag des ebenso rechtsradikalen (oder rechtsextremistischen) Götz Kubitschek ein Buch publiziert. Kernfrage sei, so Sellner, »ob wir als Volk im Abendland noch überleben oder nicht«. (correctiv)

Das Thema ist nahezu identisch mit den wahnhaften »Umvolkungs«-Vorwürfen ge-

gen Bundeskanzlerin Angela Merkel und europäische Eliten. Es ist das Megathema der Neuen Rechten schlechthin, wird aber auch von der AfD und deren Umfeld verbreitet. Damit lassen sich diffuse Ängste und Neidreflexe im Sinne einer fremdenfeindlichen Angstpolitik[32] erzeugen. Angstpolitik ist das Geschäftsmodell der Populisten.

»Die rechtsradikalen ›Identitären‹ sprechen vom ›Großen Austausch‹, das Magazin ›Compact‹ schrieb von einem ›7-Punkte-Plan zum Volksaustausch‹ und auch rechtsextreme Terroristen beziehen sich auf einen angeblichen Plan, die Bevölkerung durch Flüchtlinge zu ersetzen. Warum dies geschehen soll, bleibt zumeist unklar, dennoch hat sich die Legende von der ›Umvolkung‹ oder dem ›Bevölkerungsaustausch‹ zu einem zentralen Narrativ in rechtsradikalen Kreisen etabliert. Auch die AfD nutzt diese Begriffe mittlerweile regelmäßig gezielt und schürt dadurch Ängste vor verstärkter Zuwanderung.« (Zwior & Reveland, NDR Panorama 2020)[33]

**Regime Change von
rechts heißt Umsturz
des Bestehenden
und Abschaffung
der freiheitlich-
demokratischen
Grundordnung.
Was gibt es
Verfassungswidrigeres?**

Regime Change heißt hier: Umsturz

Sellner schreibt in seinem Machwerk »Regime Change von Rechts« (Regimewechsel, also Umsturz, von Rechts): »Das rechte Hauptziel« sei die Bewahrung der »ethno-kulturellen Identität und Substanz«, dazu sei »eine radikale Wende« notwendig, um den »Bevölkerungsaustausch« aufzuhalten.

Ziel der Radikalpopulisten ist der »Regime Change«, der als Umsturz der bisherigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelesen werden kann. [34]

Sellners Vortrag in Potsdam ist laut Correctiv ebenso eindeutig wie erschreckend. »Es gebe drei Zielgruppen der Migration, die Deutschland verlassen sollten. Oder, wie er sagt, »um die Ansiedlung von Ausländern rückabzuwickeln.«

Er zählt auf, wen er meint: Asylbewerber, Ausländer mit Bleiberecht – und »nicht

assimilierte Staatsbürger«. Letztere seien aus seiner Sicht das größte »Problem«. Anders gesagt: Sellner spaltet das Volk auf in diejenigen, die unbehelligt in Deutschland leben sollen und diejenigen, für die dieses Grundrecht nicht gelten soll.

Das sind die Menschen, die den Rechts-extremisten und Radikalen nicht passen.

»Im Grundleben die Gedankenspiele an diesem Tag alle auf eines hinaus: Menschen sollen aus Deutschland verdrängt werden können, wenn sie die vermeintlich falsche Hautfarbe oder Herkunft haben – und aus Sicht von Menschen wie Sellner nicht ausreichend »assimiliert« sind. Auch wenn sie deutsche Staatsbürger sind. Es ist gegen die Existenz von Menschen in diesem Land gerichtet.«
(Correctiv)

Das ist Nazi-Rassenideologie reloaded. Sie verstößt gegen Völkerrecht, Staatsbürgerrecht, Menschenrechte, Grundgesetz.

»Remigration« nach rechtsextremer Art ist Unsinn und irrational: Massenabschiebungen sind gar nicht möglich

Bei allen Debatten über »Remigration« sollte auch darüber gesprochen werden, warum dieses Thema anschlussfähig wurde in der deutschen Politlandschaft.

Es waren Politiker von CDU und CSU, die ins gleiche Horn bliesen wie die AfD. Horst Seehofer hat mit seinem Beinahe-Putsch gegen Angela Merkel (»Es ist eine Herrschaft des Unrechts«[35]), der zu einer fundamentalen Legitimationskrise der Bundesregierung geführt hat, und mit seiner »Obergrenze! Obergrenze!«-Propaganda die Büchse der Pandora geöffnet - nahezu im Gleichschritt mit der AfD [36]. Seehofer hat angeheizt und insbesondere die glühendsten Unionsanhänger aus dem konservativen Spektrum angefixt. Ihm assistierten der damalige Verfassungsschutz-Chef

– immer häufiger ist jetzt in Medien vom Inlandsgeheimdienst-Chef die Rede – Hans-Georg Maaßen und die Sicherheitsapparat-Männer Dieter Romann (Bundespolizei) und Gerhard Schindler (BND). Aus ihrer reaktionären Grundhaltung machten alle drei keinen Hehl. Maaßen ist inzwischen völlig abgedriftet in Richtung Rechtsextremismus. Seine neue Partei Werte-Union hat wohl kaum Berührungspunkte gegenüber der AfD.

Rassismus ist Hans-Georg Maaßen womöglich nicht fremd. Zahlreiche Aussagen aus jüngster Zeit lassen keinen anderen Schluss zu. Aber es ist nicht Maaßen allein.

Bis tief ins CDU-Lager der Mitte reichten die Forderungen, konsequenter abzuschieben; dabei wussten alle Abgeordneten, Ministerinnen und Minister, die sich in diesem Sinne äußerten, dass dies illusorisch war und ist. Selbst wenn man Höckes bzw. Sloterdijks bösen Begriff von der »wohldo-

sierten Grausamkeit« wider jegliche rechtsstaatliche Ordnung angewandt hätte, wäre das Vorhaben gescheitert.

Man hat dem Wahlvolk Maßnahmen versprochen, die Dinge der Unmöglichkeit sind. Wer dies bei Triggerthemen tut, darf sich über Totalfrust nicht wundern.

Die Wahrheit ist den Menschen auch in der Migrationspolitik zumutbar. Sie ist sogar zwingend zuzumuten. Das gilt für Erklärungen über den Unsinn der »Umvolkung« ebenso wie für die Absurdität der »Remigration«-Pläne und die »gesteuerte Abschiebung«. Nichts von alledem ist realistisch.

»Der Migrationsforscher Jochen Oltmer hält die Vorstellung, es könnte einen Plan oder ein Experiment von Mächtigen geben, ohnehin für abwegig. Im Panorama-Interview betont er, die Vorstellung vom ›Bevölkerungsaustausch‹ impliziere, Regierungen und Verwaltung seien in der Lage, ›Migration hochgradig zu

steuern, Menschen wie Spielfiguren hin und her zu schieben«. Doch das, so Oltmer, sei »überhaupt nicht der Fall«. Vielmehr hätten politische Entscheidungen überhaupt nicht die beabsichtigten Effekte erbracht, erklärt der Forscher. Im Jahr 1973 sei beispielsweise entschieden worden, die Anwerbeprogramme zu beenden, um Zuwanderung zu stoppen. Doch genau das Gegenteil sei eingetreten. Migration sei historisch der Normalfall, erklärt Oltmer. Für einen tatsächlichen »Bevölkerungsaustausch« bräuchte man als wesentliche Voraussetzung, dass Staaten in massiver Weise Gewalt gegen Menschen ausüben, »sie verschieben, in Lastwagen stecken, in Züge stecken und tatsächlich ganze Bevölkerungsgruppen von A nach B bringen.« (Zwior & Reveland 2020)

Das aber ist haarsträubender Unsinn in demokratischen Rechtsstaaten. Nur bei den Nationalsozialisten waren solche Umvolkungen möglich – als mörderische Deportationsmaßnahmen. Wer Remigration sagt, kommt an den historischen Fakten nicht vorbei. Das ist kein »Schuldskult«, wie es Höcke

zynisch und wieder einmal wahrheitswidrig behauptet. Denn den gibt es nicht. Forscher belegen, dass Höckes Behauptung falsch ist. [37] Zu historischer Verantwortung bekennt sich die große Mehrheit der Deutschen, ohne sich schuldig zu fühlen. Höcke gehört zu den Politikern, die ihre eigenen Fake Realities erschaffen und verkünden. Die Fakten sehen anders aus. So hat Migrationsforscher Oltmer weitere Fakten parat, die zum Teil in der Öffentlichkeit unbekannt sind.

Er sagt, so der NDR, »es sei eine falsche Vorstellung, dass Menschen irgendwo hingingen und dort blieben. ›Wenn man über so etwas wie Migration spricht, dann spricht man über Fluktuation, über Hin und Her. Ein großer Teil der Menschen, die in die Bundesrepublik kommen, kommen für einige wenige Monate, für einige wenige Jahre und kehren zurück oder wandern weiter.« Die Vorstellung, man sei ein reines Einwanderungsland, in dem überhaupt keine Abwanderung stattfindet, sei ›Unsinn.« (Zwior & Reveland 2020)

Die Unterwanderung ist aber fortgeschritten

Die Enthüllungen über das Treffen in Neu Fahrland und die darauffolgenden Proteste belegen, wie notwendig und zielführend der Kampf gegen die Verbreitung rechtsextremer Ideologien ist. Die Unterwanderung der demokratischen Ordnung ist schon weiter fortgeschritten, als befürchtet. Wer daran zweifelte, wurde nun eines Schlechteren belehrt. Der Marsch durch die Institutionen hat längst begonnen (Landrats- und Bürgermeisterwahlen in Ostdeutschland, Verfassungsrichter-Besetzungen). Seit Max Weber ist die Bedeutung von Ämtern als Plattformen politischer Arbeit bekannt. Jedes neue staatliche Amt für Politikerinnen und Politiker der extremen Rechten bringt neue Gefahren für die liberale Demokratie. Es ist deshalb im Eigeninteresse vor allem der bürgerlichen Mitte, sich gegen die Usurpation der Macht durch AfD und Co zu engagie-

ren. Das ist ganz im Sinne der amerikanischen Politologin Judith Shklar, die sich stets für die liberale Demokratie stark gemacht hat.

Ein Selbstläufer ist dies nicht.

Der Kampf gegen rechts erfordert die aktive Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Es geht entscheidend darum, die demokratischen Prinzipien zu wahren und zu stärken.

Das ist nicht aussichtslos, im Gegenteil. Der Einsatz zeigt Wirkung und trägt zur Stärkung gefährdeter oder ramponierter demokratischer Strukturen bei.

Dieser Kampf gegen den Rechtsextremismus muss allerdings nachhaltig sein und darf sich nicht nur in spontanen Protesten äußern. Er muss sich auch in den demokratischen Prozessen, insbesondere in Wahlen, niederschlagen.

Besseres Regieren notwendig

Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, besteht darin, durch besseres Regieren das Vertrauen der Bevölkerung in demokratische Institutionen und Prozesse zu stärken. Das ist die Hauptaufgabe von Bundeskanzler Olaf Scholz, dessen Führungsqualitäten bisher nur in Ansätzen erkennbar sind. Der Bundeskanzler bestimmt nach der Verfassung die Richtlinien der Politik, er muss dies auch in der Koalitionsregierung der Ampel gegenüber der SPD, der FDP und den Grünen deutlich machen. Vor allem die innerkoalitionäre Opposition durch die FDP und ihren Chef Christian Lindner ist dabei eine massive Belastung für die Bundesregierung und die Republik. Auch für ihn gilt: Schlecht zu regieren ist schlecht für das Land. Die Verantwortlichen der Bundesregierung und der Landesregierungen müssen verlorenes Vertrauen zurückgewinnen.

Gutes Regieren nutzt

Good Governance[38], wie von der OECD definiert, spielt dabei eine entscheidende Rolle. Governance ist ein international eingeführter Begriff für besseres Regieren unter Einbeziehung der Betroffenen, der Bevölkerung, der »Stakeholder«.[39] Es soll nicht mehr in Hinterzimmern, Koalitionsrunden und einsamen Kammern von oben herab entschieden werden.

Die Politik soll steuern, koordinieren und informieren – und Macht abgeben. Verlässlich soll es werden. Das ist besonders wichtig.

Die Schaffung transparenter, rechenschaftspflichtiger und effizienter Regierungsinstitutionen trägt nach Erkenntnissen der Wissenschaft dazu bei, den Nährboden für rechtsextreme Ideologien auszutrocknen und Populisten das Wasser abzugraben.

Es ist unbestritten, dass dies ein langfristiger Prozess ist und dass Veränderungen nicht von heute auf morgen zu erwarten sind.

Das war jetzt Nominalstil der Wissenschaft. Eigentlich heißt es: Macht euren Job so, dass ihr glaubwürdig seid, dass es gerecht zugeht (oder dass die Menschen zumindest glauben, dass ihr das wollt), hört zu und beteiligt die Menschen aktiv. Versprecht nichts, was ihr nicht halten könnt. Und versucht niemals, im Trüben zu fischen. Das ist ein Appell an die Union und die FDP

Das ist der pragmatische Stil eines langjährigen Bürgermeisters, der 47 Jahre Mitglied der CDU war und aus Enttäuschung über den radikal konservativen Kurs von Merz und Mitstreitern das Weite und die Unabhängigkeit gesucht hat. Man kann keine überzeugten AfD-Wähler »zurückgewinnen«. Die CDU kann dies schon gar nicht.

Wichtig ist, die Pseudo-Argumente der Populisten, die von »Umvolkung« sprechen und Ängste und Fremdenfeindlichkeit schüren, zu bekämpfen und ihre Pläne zur sogenannten »Remigration« oder anderen verfassungswidrigen Maßnahmen offenzulegen. Diese Pläne verstoßen nicht nur gegen die Menschenwürde und das Gleichheitsprinzip, sondern bedrohen auch die demokratische Ordnung und den sozialen Zusammenhalt.

Die Proteste gegen Rechtsextremismus, die sich in Graswurzelbewegungen formieren, sind ein Beispiel für die Stärke der Demokratie. Manuel Castells und Benjamin R. Barber betonen die Bedeutung dieser basisdemokratischen Bewegungen für eine »starke Demokratie«.

Die heftigen Reaktionen der rechtsextremen AfD auf die Vorwürfe zeigen die Notwendigkeit, aber auch die Erfolgchancen,

dieser Bedrohung entschieden entgegenzutreten. Das ist auch notwendig.

Rechtsextremismus zeichnet sich durch nationalistische, fremdenfeindliche und antisemitische Einstellungen aus und ist eine direkte Gefahr für die demokratische Ordnung.

Die breite Mobilisierung der Zivilgesellschaft, die Stärkung demokratischer Institutionen und die klare Ablehnung von Hass und Diskriminierung in unserer Gesellschaft sind wichtig.

Auch hier wieder statt des Nominalstils der Appell an die Politikerinnen und Politiker:

Animiert die Menschen, mitzumachen im Kampf gegen Extremisten und Rechtsradikalismus. Sagt nein zu Antisemitismus und treten auch im Alltag für eure Überzeugungen ein. Habt Zivilcourage. Zeigt Haltung. Und sagt nein, wenn es notwendig ist.

Die Menschen wollen ernst genommen und gut regiert werden

Mindestens ebenso wichtig wäre allerdings gutes Regieren, Good Governance. Die Ampelregierung wird als zerstritten und chaotisch wahrgenommen. Die Eurobarometer-Werte sind Alarmsignale und sollten von der Bundesregierung und den Parteien nicht nur registriert, sondern auch konsequent analysiert werden. Daraus müssen Konsequenzen in der Regierungsarbeit gezogen werden. Ein »weiter-so« geht nicht. Das Land muss besser regiert werden.

Die Menschen wollen ernst genommen werden. Sie erwarten konsequentes, kohärentes, effektives, rechtsstaatliches, responsives gutes Regieren. Die Kriterien für Good Governance sind durch die OECD, die Weltbank, die EU-Kommission und die Wissenschaft klar benannt worden.

Zur Good Governance gehören laut OECD (2003) fundamental:

- Achtung der Rechtsstaatlichkeit;
- Offenheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den demokratischen Institutionen
- Fairness und Gerechtigkeit im Umgang mit den Bürgern, einschließlich Mechanismen für Konsultation und Beteiligung
- effiziente, effektive Dienstleistungen
- klare, transparente und anwendbare Gesetze und Vorschriften;
- Konsistenz und Kohärenz in der Politikgestaltung;
- und hohe Standards für ethisches Verhalten.

Auch im Eurobarometer haben Rechtsstaatlichkeit, Verteidigung der Demokratie, Anhörung und Verlässlichkeit einen hohen Stellenwert. Die Ergebnisse liegen seit Monaten auf dem Tisch. Die Ampel missachtet sie.

Die demonstrierenden Menschen aus der Mitte der Bevölkerung zeigen der Politik, was sie eigentlich tun müsste: die Demokratie durch gute Beispiele, durch Vorbildlichkeit, Compliance und vertrauensbildende Maßnahmen verteidigen.

Geldströme der AfD kappen und ein Parteiverbot vorbereiten

Das bedeutet aber auch, dort Klartext zu reden, wo die Radikalen und Extremisten besonders stark sind und keine falschen Annäherungsversuche zu machen. Über eine Kappung der Finanzströme und ein Parteiverbot der AfD muss zwingend nachgedacht werden. Immerhin hat die Bundesregierung im Februar 2024 angekündigt, rechtsextremistische Netzwerke wie Organisierte Kriminalität zu behandeln - auch mit Finanzsanktionen.

Diskussion über ein Parteiverbot der AfD

Fahrt aufgenommen hat die Diskussion über ein Parteiverbot der AfD. Die Meinungen sind gespalten.

So hat der Philosoph und ehemalige Politiker Julian Nida-Rümelin in einem Namens-

beitrag für die Süddeutsche Zeitung sehr engagiert und emotional für ein AfD-Verbot geworben. »Sind wir noch zu retten?« fragt er und gibt auch eine klare Antwort in der Diskussion um die AfD.

»Unser Konzept einer wehrhaften Demokratie wird allein durch den wichtigen Protest gegen Nazis nicht überleben. Extremisten müssen bekämpft werden, durch einen starken Staat und eine realistische Politik.« (Nida-Rümelin 2024)

Ex-Verfassungsrichter Peter Müller, der das Urteil zum NPD-Parteiverbot maßgeblich mitgeprägt hat und bis 2023 noch Richter des Zweiten Senats war, sieht ein Parteiverbot als »ultima ratio« und mahnt zur Vorsicht. Ein Parteiverbot ersetze die politische Auseinandersetzung nicht.

Das ist durchaus richtig. Aber der Rechtsstaat darf auch Zähne zeigen.

Andreas Fischer-Lescano, Leiter des Fachgebiets »Just Transitions« am Fachbereich Humanwissenschaften der Universität Kassel, sieht ein AfD-Verbotsverfahren als »demokratische Pflicht«.

All diejenigen, die noch daran gezweifelt haben, dass die AfD tatsächlich durch und durch rassistische Züge trägt, alle, die Teilen der AfD noch einen Hauch von Anständigkeit attestierten, sehen sich nun eines Besseren belehrt.

Diese Partei, die von Bernd Lucke als Anti-Euro- und Anti-Schuldenpartei gegründet wurde, ist tatsächlich zu einem »Monster« (Hans-Olaf Henkel: »Wir haben ein Monster geschaffen«) geworden, einer »NPD light« (Henkel), aber mit riesigem Einzugsbereich.

Diese radikalisierte Partei, die ohne Ende polarisiert, ist zu einer Gefahr für die deutsche Demokratie geworden. Die Demokratie muss sich wehren – im Sinne der Menschen, nicht nur des Systems.

»Eine solche Partei greift die Grundlagen unserer Existenz an. Es ist daher die verfassungsrechtliche Pflicht von Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung, hier nun – idealerweise konzertiert – voranzuschreiten, konkrete und öffentlich dokumentierte Prüfschritte für die Einleitung eines Verbotsverfahrens einzuleiten, einen realistischen Zeitplan und eine adäquate Strategie für eine begleitende Öffentlichkeitsarbeit, die Christoph Möllers zu Recht eingefordert hat, zu erarbeiten. Zumindest diese Prüfung und dokumentierbare Prüfschritte werden für einen, ggf. auch gerichtlich einklagbaren pflichtgemäßen Ermessensgebrauch zu verlangen sein.« (Fischer-Lescano, Verfassungsblog)

Damit trifft Fischer-Lescano den entscheidenden Punkt. Die alten Beschreibungen gelten nicht mehr. Die Welt hat sich geändert, das Weltbild der Radikalen ist noch extremistischer geworden. Und das Beispiel der Reichsbürger und der Lübcke-Ermordung beweist, dass Extremisten bereit sind,

über Leichen zu gehen. Das ist eine realistische und ernst zu nehmende Gefahr. Jegliche Verharmlosung verbietet sich. Gefordert sind alle. Aber es ist zu einfach, wenn die Politik jetzt alle Verantwortung auf die Bürgerinnen und Bürger schiebt. In einer repräsentativen Demokratie haben die Gewählten die Pflicht, sich mit ganzer Kraft und ganzem Herzen für die Menschen dieses Landes einzusetzen und den Hassern Widerstand zu leisten. Umsonst ist dies nicht zu haben. Diese Art der direkten Partizipation zwingt die Regierenden zu einer konstruktiven, bürgernahen »Cohabitation« mit der Bevölkerung. Das ist neu in Deutschland und sollte als Chance betrachtet werden.

Erkenntnisse und Ergebnisse

Noch ist es zu früh für abschließende Ergebnisse. Wichtige Erkenntnisse können dennoch gezogen werden.

1. Europas Permakrise stresst die Bevölkerung in den meisten EU-Ländern. Deutschland gehört mittlerweile zu den besonders stressanfälligen Staaten, in denen die Verunsicherung der Bevölkerung hoch und das Potenzial für radikalpopulistische Parteien und Politiker*innen deutlich gestiegen ist.

2. Durch Regierungsdefizite der Ampelkoalition aus SPD, Grünen und FDP und regierungsinterne Konflikte ist in bisher beispiellosem Ausmaß Vertrauen in Politik und Exekutive verlorengegangen.

3. Ob und inwiefern dies Auswirkungen auf Legitimität, Polarisierung der Gesellschaft und Wahlergebnisse hat, ist angesichts

der Unsicherheiten der Prognosemethoden (»Sonntagsfrage«, soziale Erwünschtheit von Antworten) unklar. Dies muss mit alternativen Methoden der Wahlforschung überprüft werden.

4. Angesichts regionaler Wahlerfolge und stabiler Umfragen ist bei der 10. Euroawahl mit höheren Wahlergebnissen der AfD und anderer radikalpopulistischer Parteien als bei der 9. Europawahl zu rechnen.

5. Ziel der Radikalpopulisten ist der »Regime Change«, der als Umsturz der bisherigen freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelesen werden kann. Wer an solchen Plänen zweifelte, wurde nun eines besseren belehrt. Der Marsch durch die Institutionen hat längst begonnen, die Unterwanderung der Gesellschaft ist bereits fortgeschritten (Landrats- und Bürgermeisterwahlen in Ostdeutschland, Verfassungsrichter-Besetzungen).

6. Das Radikalentreffen in Neu Fahrland hat die Lage fundamental verändert: Möglicherweise war es ein Gamechanger. In Neu Fahrland bei Potsdam trafen sich im November 2023 auf dem privaten Landgut Adlon rechtsextreme Identitäre, AfD-Funktionäre, Werte-Unions-Vorstandsmitglieder und CDU-Mitglieder zu einem konspirativ-subversiven Treffen, bei dem es um massenhafte »Remigration« von Menschen mit Migrationshintergrund ging. Gemeint war nach übereinstimmender Auffassung vieler Beobachter*innen die gewaltsame Vertreibung von unerwünschten Menschen aus Deutschland – unter Bruch der Verfassung. Vortragender war der rechtsextreme Propagandist der rechtsextremen Identitären Bewegung, (IB), Martin Sellner. Die extrem spaltenden und Millionen Menschen gefährdenden Regierungspläne der AfD haben viele Menschen alarmiert. Diese Enthüllung der Plattform correctiv im Januar 2024 war das

Momentum, das Millionen von Menschen dazu bewegt hat, auf die Straße zu gehen. Drastik, Radikalität, Rücksichtslosigkeit und Menschenverachtung der rechtsextremen Strategie- und Masterpläne haben überall in Deutschland Menschen schockiert und aufgerüttelt.

7. Die Furcht vor massenhaften Rechtsbrüchen, Menschenrechtsverletzungen und einer Gefährdung der Demokratie mobilisiert offenkundig Menschen in hohem Ausmaß, sich in Abwehrhaltung zu begeben, wachsam zu sein und sich als verantwortungsbewusste Staatsbürger zu wehren.

8. Massendemonstrationen haben mediale und kommunikative Wirkung. Sie sind dadurch ein Machtfaktor, wecken Aufmerksamkeit und bringen diejenigen, gegen die demonstriert wird - hier die Feinde Demokratie - in die Defensive. Das wird in der Debatte über die

Wirkung und die Nachhaltigkeit solcher Kundgebungen unterschätzt.

9. Zwangs-Remigration als rechtsextremes Triggerthema muss trotz der Kundgebungen ernst genommen werden. Die Pläne sind verfassungswidrig und menschenverachtend. Nichts ist harmlos bei Rechtsextremen. Die Radikalpopulisten haben angesichts möglicher Regierungsbeteiligungen oder Regierungsmacht keine Angst mehr vor einer Beobachtung durch den Verfassungsschutz, obwohl dies mit negativen Konsequenzen verbunden ist.

10. Gutes Regieren nutzt. Dazu gehören Achtung der Rechtsstaatlichkeit, Offenheit, Transparenz und Rechenschaftspflicht gegenüber den demokratischen Institutionen, Fairness und Gerechtigkeit im Umgang mit den Bürgern, einschließlich Mechanismen für Konsultation und Beteiligung, effiziente und effektive Dienstleistungen, klare,

transparente und anwendbare Gesetze und Vorschriften, Konsistenz und Kohärenz in der Politikgestaltung und hohe Standards für ethisches Verhalten. Mautaffäre, Maskenaffären, Vetternwirtschaft, chaotische Kommunikation und fehlende Grundwerte verstören und sorgen für hohe Verunsicherung. Wenn die Bundesregierung nicht zu gutem Regieren in der Lage ist, muss sie das Ampel-Experiment beenden.

11. Die Realität zeigt, dass die demokratische Gesellschaft über Power verfügt und aktiv wird, wenn sie herausgefordert wird. Die Proteste haben eine enorme Resonanz erzielt, die Teilnehmerzahlen sind beeindruckend. Zwischen dem 10. Januar und dem 28. Januar 2024 gingen über zwei Millionen Menschen in vielen deutschen Städten auf die Straße.

12. Diese Art der direkten Partizipation zwingt die Regierenden zu einer konstruktiven,

bürgernahen »Cohabitation« mit der Bevölkerung. Das ist neu in Deutschland und sollte als Chance betrachtet werden.

13. Politiker*innen von CDU und CSU haben maßgeblich zur Stärkung der AfD und der Rechtsextremen beigetragen. Das gilt insbesondere für den damaligen CSU-Chef Horst Seehofer.

14. Es gibt auf lokaler Ebene in Ostdeutschland keine echten Brandmauern zwischen CDU und AfD. Das ist eine große Schwäche und ein ebenso großer Fehler.

15. Es kann keine »protokollarische Normalität« zu einer Partei geben, die zumindest in Teilen den Regime Change propagiert und menschen- und verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Hier ist die Wirtschaft ebenso gefordert wie die Zivilgesellschaft. Gemeinderäte müssen in dieser Frage Vorbild sein und sich abgrenzen.

Anmerkungen

[1] Die »Permakrise« ist ein neues Modewort, das die europäische Dauerkrise beschreibt. Thierry Breton hat es am 19. September 2022 erstmals in seinem Blog benutzt: „Because judging by the last few years, and the forecasts for the future, we are living in an era of »permacrisis« in which we can no longer improvise. We must be better prepared to anticipate and respond to the next crisis.« (Wenn wir die letzten Jahre beurteilen und die Prognosen für die Zukunft in den Blick nehmen, leben wir in der Ära einer »Permakrise«, in der wir nicht mehr improvisieren können. Wir müssen besser vorbereitet sein, um die nächste Krise zu antizipieren und darauf zu reagieren.« Siehe auch: WHO (2022): Statement von Henry Kluge: The European Region is in a »permacrisis« that stretches well beyond the pandemic, climate change and war. ECPR (2023): Citizenship in Permacrisis: Policies, Politics and Citizen Behaviour.

[2] European Parliament EP(2023): Parlemeter 2023. Special Eurobarometer EB044EP : EP Autumn 2023 Survey: Six months before the 2024 European Elections. Sechs Monate vor den Europawahlen 2024 wurden 26.523 Personen in 27 EU-Ländern befragt. Die Befragung ist repräsentativ.

[3] Das Executive Summary beginnt mit den Worten: »The Parlemeter 2023 shows that despite the complex geopolitical and economic context impact on citizens' lives, Europeans continue to value EU membership and remain quite optimistic regarding the EU's future. A large majority of respondents say that the EU has an impact on their daily lives, and this is even more the case among those who follow EU politics frequently or occasionally. The most important topics the European Parliament (EP) should prioritise, according to EU citizens, remain constant over time: the fight against poverty and social exclusion comes first, public health is second and in third place come climate change along with support to

the economy and the creation of new jobs.« (Parlemeter 2023, 4) Demnach zeigt der Parlemeter ein halbes Jahr vor der Europawahl, dass trotz des unübersichtlichen und schwierigen politischen und wirtschaftlichen Umfelds, das sich natürlich auf das Leben der Bürgerinnen und Bürger auswirkt, die Menschen in Europa nach wie vor die EU-Mitgliedschaft schätzen und recht optimistisch in Bezug auf die Zukunft der EU sind. Die wichtigsten Themen, die das Europäische Parlament (EP) nach Ansicht der EU-Bürger priorisieren sollte, bleiben im Laufe der Zeit konstant: Der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung steht an erster Stelle, gefolgt von der öffentlichen Gesundheit an zweiter Stelle und an dritter Stelle kommen der Klimawandel sowie die Unterstützung der Wirtschaft und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Auch in den Grafiken für die Öffentlichkeit wird Schönfärberei bevorzugt. In den »10 Key Take-Aways« heißt es gleich in Punkt 1: »The EU is good for you«. An anderer Stelle heißt es »In democracy we trust« oder »Stronger together«. Diese Sätze würde man eher in einer Werbeschrift für das

Europäische Parlament vermuten, nicht aber in der Zusammenfassung einer Umfrage.

[4] Das ist das Spannende an dieser Umfrage für das Europaparlament: Im europäischen Vergleich bleibt von den deutschen Erfolgen der Vergangenheit wenig übrig. Wie im Fußball belegt Deutschland beim Regieren aus Sicht der Bevölkerung allenfalls einen Mittelfeldplatz. Bemerkenswert ist, wie sehr die Einschätzung der eigenen Lage und die Bewertung der nationalen Lage auseinanderfallen. Auch dies dürfte für die Bundesrepublik historisch einmalig sein. In der deutschen und europäischen Tagespresse ist die Parlemeter-Umfrage nicht beachtet worden. Lediglich das kleine Luxemburger Tageblatt brachte am 7.12.2023 eine kurze Meldung. Tenor im ohnehin zufriedenen Großherzogtum: »EU-Mitgliedschaft für die meisten ein Vorteil« heißt es dort. »Mehrheitlich positives Bild von EU-Parlament in Luxemburg«.

[5] Das ist die eigentlich wichtige und zentrale Botschaft der Umfrage: Europas Dauerkrisen in den unterschiedlichsten Bereichen

stressen die Bevölkerung in den meisten EU-Staaten signifikant. Das hat Auswirkungen auf die Beurteilungen von Institutionen und Politik in Europa und auf nationale Entscheidungen. Damit müssten sich sowohl die EU-Kommission als auch das Parlament und die nationalen Regierungen und Parlamente auseinandersetzen.

[6] Als Triggerpunkte (wie in der Medizin) oder Triggerthemen gelten laut Mau et al. vor allem »Ungleichbehandlungen oder Übervorteilungen«, »verletzte Anspruchshierarchien«, »Normalitätsverstöße«, Ordnungsverlust, Devianz, Schmutz, »Identitätsbedrohung durch Verschiebung des Normalen«, »Entgrenzungsbefürchtungen«, »Anspruchsinflation«, »Verhaltenszumutungen«, Eingriffe in Handlungsroutinen und die Autonomie der Bürger, so genannte Sprechverbote, Veggie-Day, Tempolimit und Stigmatisierung von Verhalten (vgl. Mau et al. 276). Hinweise darauf sind auch im Rheinland-Pfalz-Monitor 2023/24 des Trierer Instituts für Demokratie- und Parteienforschung in Zusammenarbeit

mit Infratest dimap und dem Rheinland-Pfälzischen Landtag zu finden. (siehe Saarbrücker Zeitung v. 16.2.2024: Gendern, Migration, Bildung – das denken die Rheinland-Pfälzer wirklich über Politik).

[7] Süddeutsche Zeitung: Politbarometer: Schlechte Werte für die Regierung. SZ v. 15.12.2023

[8] Gschwendt et al (2018): »Die Wahlabsichtsfrage, populärwissenschaftlich auch als »Sonntagsfrage« bezeichnet, wird kritisiert, weil mit ihr der Stimmenanteil der »Alternative für Deutschland« (AfD) nicht valide zu messen sei. Wir argumentieren, dass alternative Messinstrumente, die Verzerrungen aufgrund von sozialer Erwünschtheit berücksichtigen, besser geeignet sind.« (Gschwendt, Juhl & Lerer 2018; Abstract) Es gebe handwerkliche Schwächen, eine unzulängliche hypothetische Ausgangsfrage und die Neigung von Befragten, sozial unerwünschte Antworten zu vermeiden. »Besonders im Kontext von Wahlen mit starken rechtspopulistischen Parteien ist

der Nutzen der ›Sonntagsfrage‹ für die Prognose des Wahlergebnisses fraglich.« (Gschwendt et al., 495)

[9] Siehe Jun, Uwe (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich; Jun, Uwe (2022): Politische Parteien und Medien. Zum durchaus umstrittenen Begriff »Mediendemokratie« schreibt Grunden (2009): »Der Begriff der Mediendemokratie zielt auf die Funktionslogiken, Kausalitäten und Rahmenbedingungen des Konkurrenzkampfes um öffentliche Legitimation. Die Medien selbst spielen dabei keinesfalls nur die Rolle neutraler Berichterstatter. Sie sind politische Akteure. Sie beeinflussen die politische Agenda, verstärken Stimmungen und wirken, wie Parteien und Verbände, an der politischen Meinungsbildung mit: ›Sie üben selbstbestimmt Macht aus.« (Grunden 2009, 97-98) Ausgangspunkt ist ein Konzept, wonach »Regieren und Opponieren [...] über Medien transportierte, kommunikative Akte« sind. (Grunden 97)

[10] Zum Beispiel: Süddeutsche Zeitung v. 15.2.2024: Wird es Zeit für einen Plan B?; WELT v. 15.2.2024: Haseloff: AfD darf nicht zu Regierungsverantwortung kommen; FAZ-Net v. 28.12.2023: Besorgnis wegen möglicher AfD-Wahlerfolge wächst; SPIEGEL v. 11.11.2023: Das schärfste Schwert.

[11] Sehl, Marcus; Oscar Genter (2024): Schwachstelle vor Wahlen in Thüringen: So leicht könnte Höcke Verfassungsfeinde zu Spitzenbeamten machen. LTO v. 13.2.2024.

[12] Telegram ist spätestens seit der Corona-Pandemie ein bevorzugter Chat- und Nachrichtenkanal der Populisten, Rechtsradikalen, Rechtsextremen, Impfgegner und Fundamentalgegner des Staates. Im Gegensatz zu anderen Plattformen, die verstärkt Inhalte moderieren und entfernen (müssen), hat Telegram einen sehr laxen Ansatz gegenüber radikalen und strafbaren Inhalten. Dies ermöglicht es extremistischen Gruppen und Verschwörungstheoretikern, sich zu vernetzen. Die Radikalisierung in solchen Blasen ist enorm groß.

[13] Europawahlen ernten in vielen Ländern weniger Aufmerksamkeit von den Wählern und den Medien. Sie stehen im Schatten nationaler politischer Ereignisse und werden daher i.d.R. als zweitrangig angesehen. Sie bieten die Gelegenheit zu einer Denkmittelwahl, um Unmut über nationale Regierungen oder politische Parteien auszudrücken – als Warnimpuls. Europawahlen bieten den Wählerinnen und Wählern darüber hinaus Gelegenheit, auch Kleinparteien in das EP zu wählen, die national keine Chance hätten. Dort wäre die Stimme dann verschenkt.

[14]: Correctiv (2024): NEUE RECHTE: Geheimplan gegen Deutschland. Von diesem Treffen sollte niemand erfahren: Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November in einem Hotel bei Potsdam zusammen. Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland. 10.1.2024. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-ver>

treibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/

[15] Nach Ansicht renommierter Jurist*innen handelt es sich bei den in Potsdam vorgestellten Plänen um eine Form der Zwangs-Remigration, die den Charakter der Deportationen trägt. Ziel der Bestrebungen ist letztlich »die Ausweisung von Bevölkerungsteile aus Deutschland und Europa, die den ethnokulturellen Kriterien der IB [Identitäre Bewegung, d. Verf.] nicht entsprechen« (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 28. Februar 2020 – 10 CE 19.2517 –, juris). Es geht den Rechtsextremen aber nicht nur um so bezeichnete ethnokulturelle Kriterien, sondern auch um Einstellungen, »Assimilation« der Menschen in die deutsche Gesellschaft und Herkunft.

[16] Die verfassungswidrige und mutmaßliche rechtsextremistische Ausrichtung der AfD, ihrer Jugendorganisation und der Identitären Bewegung ist mehrfach in Gerichtsverfahren belegt worden, etwa an Begriffen wie Eth-

nopluralismus oder Remigration. Demnach liegen »hinreichende tatsächliche Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen« der AfD vor. (VG Köln, Urteil vom 13. Oktober 2022 – 13 K 4222/18 –, juris). Demnach kaschieren die Begriffe Ethnopluralismus und Remigration, ethnokulturellen Identität nur oberflächlich, dass die AfD »einen völkisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff verrete, der in Widerspruch zum Volksbegriff des Grundgesetzes stehe« (VG Köln). Das ist glasklar formuliert, nicht zuletzt wegen der „kontinuierlichen Agitation« der AfD gegen Ausländer und Menschen mit Migrationshintergrund. Wenn sogar im Deutschen Bundestag von einem ex-AfD-Mitglied und nunmehr fraktionslosen Abgeordneten im Sinne von Björn Höcke oder Martin Sellner die »millionenfache Remigration« gefordert wird, wenn ein Hetzer wie Höcke in einer Rede feststellt, man werde »auch ohne Probleme mit 20 bis 30 Prozent weniger Menschen in Deutschland leben können« (zitiert von »Der Westen« am 30.1.2024 und vom ehemaligen CDU-Generalsekretär Ruprecht Polenz am 31.1.2024 auf

»X«; beide können sich auf mitgeschnittene Redeausschnitte berufen), dann ist diese kontinuierliche menschenfeindliche Agitation der AfD mittlerweile im Zentrum der politischen Debatte angekommen.

[17] Es ist durchaus bemerkenswert, dass André Brodocz, Marcus Llanque und Gary S. Schaal schon 2008 einen Sammelband zum Thema »Bedrohungen der Demokratie« herausgegeben haben. Analyisierte Einzelthemen waren unter anderem »Entgrenzungen in der Weltgesellschaft« (Stephan Stetter), Ent-Demokratisierungsprozesse im europäischen Mehrebenensystem (Hans-Jürgen Biebling), »Staatszerfall« und das Dilemma der intervenierenden Demokratie (Klaus Schlichte), »Andere, Fremde, Feinde: Bedrohungs-konstruktionen in der Demokratie« (Anna Geis), Biopolitik, Exodus und Kolonialisierung (Clemens Kauffmann), »Bedrohungen durch funktionelle Selbstblockaden« (Reinhard Zintl, André Brodocz, Wilhelm Hoffmann, Martin Nonhoff), Demographischer Wandel (Birger P. Priddat), »Tugendzumutungen« (Sandra

Seubert), Ökonomismus als Selbstgefährdung (Felix Heidenreich) und Selbstüberforderungen. 16 Jahre ist das her. Ernst genommen hat man dieses Problembündel viel zu spät.

[18] Das gilt vor allem für konservative Printmedien aus dem Springer-Verlag und für die Neue Zürcher Zeitung, deren deutsche Redaktion sich zunehmend in die rechte Ecke manövriert.

[19] Siehe Erika Fischer-Lichte (2004): Ästhetik des Performativen.

[20] Für den Philosophen Volker Gerhardt ist Partizipation das Prinzip der Politik, so auch der Titel einer seiner wichtigsten jüngeren Monografien. Für Verba, Schlozman und Brady ist sie ein Herzstück der Demokratie, für Benjamin Barber »die einzige durch und durch legitime Form der Politik« (Barber 1994, 15-16)

[21] Angelehnt an Judith Shklar schreibt Hannes Bajohr, die »Vermeidung der als grausam verstandenen passiven Ungerechtigkeit« verlange »unter Umständen eine besondere Staatsbürgerschaft der Wachsamkeit«, die ein

ganz eigenes Charakterprofil voraussetzt.« (Bajohr 315-316). Den Begriff »Staatsbürgerschaft der Wachsamkeit« für Shklars Ansatz hat Seyla Benhabib (2013; 77) geprägt.

[22] Shklar, Judith (2013): Der Liberalismus der Furcht. 2. Aufl. Herausgegeben und übersetzt von Hannes Bajohr. Vorwort Axel Honneth; ergänzende Essays von Seyla Benhabib, Michael Walzer, Bernard Williams. Berlin: Matthes & Seitz.

[23] Reitz, Michael (2020): Die Politologin Judith Nisse Shklar: Wie Demokratien Krisen überstehen. SWR Wissen. 5.12.2020. Manuskript zur Sendung. <https://www.swr.de/swr2/wissen/die-politologin-judith-nisse-shklar-wie-demokratien-krisen-ueberstehen-swr2-wissen-2020-12-05-100.html>

[24] vgl. Damrau, Jamila (2017): Die Identitäre Bewegung in Deutschland Kulturrassismus hinter popkultureller Fassade.

[25] Amadeu-Antonio-Stiftung: »Remigration«: Rechtsextremes Framing für Depor-

tations-Fantasien. Webseite. <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/remigration-rechtsextremes-framing-fuer-deportations-fantasien-108077/>

[26] Nachweise für Höckes rechtsradikales Gedankengut und Zitate aus seinem Buch »Nie-
mals zweimal in den selben Fluss« finden sich
vielfach im Netz und werden u.a. von SPIEGEL
und ZEIT referiert. »Groß angelegt« muss es
sein. Man denkt unmittelbar an die national-
sozialistische Technokraten-sprache, die Vic-
tor Klemperer im LTI so meisterhaft entlarvte.
Dass sich Höcke auf Peter Sloterdijk berufen
kann, kommt nicht von ungefähr. Der popu-
läre, aber durchaus auch umstrittene Philo-
soph sagte in einem Deutschlandfunk-Inter-
view 2015: »Die Europäer müssen sich über
ihre eigene Attraktivität für Flüchtlinge neu
Gedanken machen.« Es gebe verschiedene
Modelle: Man könne es zum Beispiel machen
wie die Kanadier, Australier und Schweizer.
Das führe aber dazu, »dass eine allzu attrak-
tive Nation ein Abwehrsystem aufrichtet, zu
dessen Konstruktion eine wohltemperierte

Grausamkeit vonnöten ist.< Das sei das Hauptproblem, denn: ›Die Europäer definieren sich selber als gutartig und nicht grausam.« (DLF v. 30.7.2015: Peter Sloterdijk: »Die Europäer definieren sich selber als gutartig«) Das ist schon sehr nah am Gedankengut einer damals noch als harmloser wahrgenommenen AfD. Da war Sloterdijk mit seinem konservativen Gedankengut schon weiter. Höcke konnte sich auf ihn berufen. Inzwischen ist Sloterdijks früherer Assistent Marc Jongen Vordenker der AfD. Sloterdijk selbst bezeichnet ihn mittlerweile als Hochstapler.

[27] Petter, Jan (2020): SPIEGEL 12.3.2020: Rechtsextreme in der AfD: So sprechen «Flügel»-Anführer Höcke und seine Leute.

[28] Petter, Jan (2020): SPIEGEL 12.3.2020: Rechtsextreme in der AfD: So sprechen «Flügel»-Anführer Höcke und seine Leute.

[29] Funke, Hajo (2019): Höcke will den Bürgerkrieg. Ein „Zuchtmeister“, der den „Stall ausmistet“ mit „wohltemperierter Grausamkeit“. Die Sprache des Thüringer AfD-Politi-

kers Björn Höcke offenbart seine Gefährlichkeit.

[30] Funke, Hajo (2019)

[31] Mudde, Cas and Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017). Populism: A Very Short Introduction. Oxford: Oxford University Press.

[32] »Angstpolitik« ist ein großes Thema. Schon bei Thukydides im Melierdialog ist nachzulesen, wie die Athener Angstpolitik als Machtstrategie und Unterwerfungsinstrument einsetzten. Das zieht sich durch die Jahrhunderte. Wer andere unterjochen wollte, erzeugte Angst und Furcht - außenpolitisch und innenpolitisch. Die katholische Kirche hat ihre Macht ebenfalls auf Angstpolitik aufgebaut – von der Erbsünde bis zum »Jüngsten Gericht«. Der Gott der Päpste war weniger ein vergebender als ein strafender Gott. Die Könige und Kaiser des Mittelalters beherrschten das Instrument Angst ebenso wie die Jakobiner in Frankreich. Einen Höhepunkte erlebte die Angstpolitik unter den bürokratisch-technisierten faschistischen, kommunistischen und

nationalsozialistischen Unterdrückungsapparaten mit ihren Angst-, Macht- und Tötungsmaschinerien. Hitler und Stalin stehen stellvertretend für menschenverachtende brutale Angstpolitik. Jeder muss wissen, dass Rechts-extreme einer politischen Logik huldigen, die die Vernichtung Andersdenkender und Kollateralschäden mitdenkt. Dies steht in eklatantem Widerspruch zu liberalen demokratischen rechtsstaatlichen Systemen.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die Abschreckungspolitik in Verbindung mit Atomangst und furchterregenden Waffensystemen zur Kalten-Kriegs-Doktrin zweier feindlicher Systeme, die den möglichen Weltuntergang immer im Atomkoffer mittransportierten. Angst ist aber nicht nur in totalitären Systemen oder Militärkonstellationen von größter Relevanz.

Judith Nisse Shklar hat mit ihrem Schlüsseltext über einen »Liberalismus der Furcht« (2013) theoretische Grundlagen für demokratische Staaten geliefert, die insbesondere Themen wie Willkürvermeidung, Machtbegrenzung des Staates und Liberalismus von unten für

die »kleinen Leute« umfasst. Gerade deshalb wäre ihr parteipolitische oder gar staatliche Angstpolitik zuwider gewesen – nicht zuletzt wegen ihrer eigenen Biografie.

Heute sind es vor allem die Populisten, die mit Angst Politik machen. Angstpolitik ist ihr Geschäftsmodell und ihre Kapital.

Marcel Fratzscher schreibt in seiner Kolumne »Fratzschers Verteilungsfragen« zu »Populismus und Angst«: »Schon vor 500 Jahren war die Strategie der Populisten: Ängste schüren und sie für eigene Zwecke missbrauchen. Heute hat diese Methode einen Höhepunkt erreicht.« (ZEIT ONLINE, 6.Oktober 2023; <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-10/populismus-angst-spaltung-gesellschaft/komplettansicht>). Zu den Konsequenzen schreibt Fratzscher: »Auch wenn viele sich zu Recht sorgen – Deutschland steht an einer wichtigen Wegscheide –, sind das Schüren und die Instrumentalisierung von Ängsten und die damit verbundene Polarisierung der Gesellschaft kontraproduktiv. Sie verhindern notwendige Veränderungen, meist mit dem Ziel des eigenen Machterhalts zulasten künftiger Genera-

tionen und der verletzlichsten Gruppen der Gesellschaft. Es gilt, den Populismus zu entlarven sowie konstruktive Lösungen und soziale Akzeptanz für die dringend benötigte Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu finden.« (Fratzscher in ZEIT Online)

[33] Spätestens seit dem Verfassungsschutzbericht 2022 gilt die Identitäre Bewegung (IB) als gesichert rechtsextrem und verfassungswidrig. Wer Identitäre zu Vorträgen wie in Potsdam oder im Saarland einlädt, weiß ganz genau, wes Geistes Kind spricht.

[34] Erstaunlicherweise beruft sich Sellner laut Verlag auf Gene Sharp. Sein Buch »The Politics of Nonviolent Action« gilt als Bibel des gewaltlosen Widerstandes. In diesem vielfach übersetzten Buch beschreibt Sharp 198 Protestmethoden, von Petitionen über Schweigemärsche bis hin zu Streiks und Boykotten. Sein Werk enthält bereits die Grundlagen für viele Protestbewegungen. Sharp gilt als »Machiavelli des zivilen Ungehorsams« und wird von vielen Bürgerrechtsbewegungen als Mentor angesehen. Er war Pragmatiker und Verfech-

ter des gewaltlosen Widerstandes. Alle Regierungen, so Sharp, auch Diktaturen, seien auf die Mitwirkung der Bevölkerung angewiesen. Daher könnten sie durch Protest, Nichtkooperation und Intervention geschwächt werden. Er glaubte sogar, dass gewaltloser Widerstand effektiver sein könne als der Einsatz von Atombomben.

[35] Horst Seehofer: »Es ist eine Herrschaft des Unrechts«. Interview-Aussage gegenüber der Passauer neuen Presse. Dazu Süddeutsche Zeitung: »Flüchtlinge: Seehofer: »Es ist eine Herrschaft des Unrechts«. Leadsatz: »In einem Interview mit der Passauer Neuen Presse rückt Ministerpräsident Seehofer die Flüchtlingspolitik von Kanzlerin Merkel in die Nähe des Vorgehens von Unrechtsstaaten«; [...] »Solche Formulierungen verwendete die CSU bislang für Diktaturen wie einst die DDR«, SZ v. 9.2.2016. <https://www.sueddeutsche.de/bayern/fluechtlinge-seehofer-es-ist-eine-herrschaft-des-unrechts-1.2856699> - Seehofer hat die Formulierung bis heute nicht klargestellt.

[36] siehe taz v. 7.8.2020: »Klage vor dem Bundesverfassungsgericht: Gefährliches Schweigen«: »Minister Seehofer und die AfD warnten vor der »Herrschaft des Unrechts« – wegen offener Grenzen für Flüchtlinge. Karlsruhe hätte widersprechen können.« Zur 2015 schwachen Position und den Folgen der CSU-Parole schreibt die taz: » Das Thema war im Sommer 2015 allerdings nicht mehr prominent, die AfD stand in Umfragen nur noch bei drei Prozent. Nachdem sie begann, die massenhafte Flüchtlingszuwanderung anzuprangern, erlebte sie einen neuen Aufschwung, der sie bei der Bundestagswahl 2017 mit 12,6 Prozent der Stimmen zur stärksten Oppositionsfraktion machte. Die These vom Rechtsbruch erleichterte auch das Zusammengehen von national-bürgerlichen Milieus, die eigentlich zu verfassungswidrigen Positionen Abstand halten wollten, mit offen rassistischen Kreisen. Es ging ja um die vermeintliche Verteidigung des deutschen Rechts.« (Autor: Christian Rath 2020)

[37] Menkens, Sabine (2018): Von AfD-Politikern behaupteter „Schuld kult“ nicht belegbar. Die Welt v. 13.2.2018. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article173549983/Erinnerungskultur-Von-AfD-Politikern-behaupteter-Schuld kult-nicht-belegbar.html>

[38] Der Begriff Governance stammt aus der angelsächsischen Institutionenökonomik (Williamson 1990; 1996). Governance signalisiert erhebliche Veränderungen in Politik und Gesellschaft (König 2011, 45), da neben Hierarchie und Markt weitere Interaktionen eine Rolle spielen. Es geht nach Kooiman (1993) um die Kooperation und Interaktion »zwischen Gesellschaft und staatlicher Ebene als Alternative zur jeweils alleinigen Steuerung durch den Markt (Liberalisierung) oder durch den Staat.« (König 2011, 45)

Das klingt zunächst theoretisch, ist aber praktisch realisierbar. Das Problem: Politik und Exekutive (Verwaltung, Wirtschaft) geben nur ungern Macht ab an Systeme, die sich dann autonom selbst steuern. Noch schwerer fällt es ihnen, Finanzmittel abzugeben. »Augen-

höhe statt Hierarchie« würde in diesem Umfeld bedeuten, die Bürgerinnen und Bürger stärker in Entscheidungen einzubinden. Die Einbeziehung der Zivilgesellschaft ist Chance und Risiko zugleich. Die Demonstrationen mit hunderttausenden Teilnehmenden aus der Mitte der Gesellschaft zeigen, dass die Demokratie gewinnen kann. Die Gefahren sollen allerdings nicht verschwiegen werden.

Literatur

Primärquelle

Correctiv (2024): NEUE RECHTE: Geheimplan gegen Deutschland. Von diesem Treffen sollte niemand erfahren: Hochrangige AfD-Politiker, Neonazis und finanzstarke Unternehmer kamen im November in einem Hotel bei Potsdam zusammen. Sie planten nichts Geringeres als die Vertreibung von Millionen von Menschen aus Deutschland. 10.1.2024. <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechts-extreme-november-treffen/>

Sekundärliteratur

Baeck, Jean Philipp; Fromm, Anne (2024): Braune Eminenz. Rechtes Geheimtreffen in Potsdam. Tageszeitung. 26.1.2024.

Bajohr, Hannes (2014): Judith N. Shklar (1928–1992). Eine werkbiografische Skizze. In: Judith

- N. Shklar: Ganz normale Laster, Matthes und Seitz, Berlin 2014, S. 277–319.
- Barber, Benjamin R. (1984): Strong Democracy: Participatory Politics for a New Age. Berkeley, Los Angeles. University of California Press.
- Barber, Benjamin, R. (1994): Starke Demokratie. Über die Teilhabe am Politischen. Hamburg: Rotbuch.
- Barnes, Samuel H.;Kaase, Max u.a. (1979): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies. Beverly Hills/London: Sage.
- Benhabib, Seyla (2013): Judith Shklars dystopischer Liberalismus, in: Shklar, Der Liberalismus der Furcht, S. 67–86.
- Braun, Daniela & Markus Tausendpfund (2019): Die neunten Direktwahlen zum Europäischen Parlament: Rahmenbedingungen, Parteien und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland. In: ZParl H.4/2019, S. 715-735.
- Bundeszentrale für politische Bildung (o.j.): Neue Rechte. Glossar. <https://www.bpb.de/>

themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/500801/neue-rechte/

Castells, Manuel (1983): *The City and the Grassroots: A Cross-cultural Theory of Urban Social Movements*. Berkeley and Los Angeles: University of California Press.

Coelln, Christian von (2024): Keine Grundrechtsverwirkung statt Parteiverbot, VerfBlog, 2024/1/22, <https://verfassungsblog.de/keine-grundrechtsverwirkung-statt-parteeiverbot/>, DOI: 10.59704/7f0dc433689e11ff.

Damrau, Jamila (2017): *Die Identitäre Bewegung in Deutschland Kulturrassismus hinter popkultureller Fassade*. Bachelorarbeit im Studiengang Soziale Arbeit an der Fachhochschule Merseburg.

DLF v. 30.7.2015: Peter Sloterdijk: »Die Europäer definieren sich selber als gutartig«. Peter Sloterdijk im Gespräch mit Rainer Burchardt. <https://www.deutschlandfunk.de/peter-sloterdijk-die-europaeer-definieren-sich-selber-als-100.html>

ECPR (2023): Citizenship in Permacrisis: Policies, Politics and Citizen Behaviour.

Fischer-Lescano, Andreas (2024): Transparenz gegen rechts. AfD-Verbot und Björn Höckes Grundrechtsverwirkung: Juristische Schritte gegen die Rechtsextremen sind notwendig, ihre Risiken überschaubar.

Fischer-Lescano, Andreas (2024): AfD-Verbotsverfahren als demokratische Pflicht , Verfblog, 2024/1/18, <https://verfassungsblog.de/afd-verbotsverfahren-als-demokratische-pflicht/>, DOI: 10.59704/c66cb99692acb885.

Fischer-Lichte, Erika (2004): Ästhetik des Performativen. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Fratzscher, Marcel (2023): »Populismus und Angst. Kolumne »Fratzschers Verteilungsfragen« in ZEIT ONLINE, 6.Oktober 2023; <https://www.zeit.de/wirtschaft/2023-10/populismus-angst-spaltung-gesellschaft/komplettansicht>

Funke, Hajo (2019): Höcke will den Bürgerkrieg. Ein „Zuchtmeister“, der den „Stall ausmistet“ mit „wohltemperierter Grausamkeit“. Die

Sprache des Thüringer AfD-Politikers Björn Höcke offenbart seine Gefährlichkeit. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-10/rechtsextremismus-bjoern-hoecke-afd-fluegel-rechte-gewalt-faschismus/komplettansicht>

Gerhardt, Volker (2007): Partizipation. Das Prinzip der Politik. München: Beck.

Gestrich, Andreas; Gerhard Hirschfeld; Holger Sonnabend (1995): Ausweisung und Deportation. Formen der Zwangsmigration in der Geschichte. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Gschwend, Thomas, Sebastian Juhl, Roni Lehrer (2018): Die »Sonntagsfrage«, Soziale Erwünschtheit und die AfD: Wie Alternative Messmethoden der Politikwissenschaft weiterhelfen können.« Politische Vierteljahresschrift, vol. 59, no. 3, 2018, pp. 493–519. JSTOR, <https://www.jstor.org/stable/48723026>. Accessed 13 Feb. 2024.

Hauck, Bastian (2024): AfD im Kreuzfeuer. Sie hassen dieses Land. Trierischer Volksfreund. 26.1.2024.

Hunglinger, Stefan (2024): Protest gegen die AfD : Zum ersten Mal Mehrzahl. Tageszeitung, 26.1.2024. <https://taz.de/Protest-gegen-die-AfD/!5985428/>

Jaschke, Hans-Gerd (2001): Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Begriffe, Positionen, Praxisfelder, Wiesbaden.

Jun, Uwe (2004): Der Wandel von Parteien in der Mediendemokratie. SPD und Labour Party im Vergleich. Frankfurt am Main: Campus.

Jun, Uwe (2022): Politische Parteien und Medien. In: Isabelle Borucki, Katharina Kleinen-von Königslöw, Stefan Marschall und Thomas Zerback (Hrsg.), Handbuch Politische Kommunikation, Wiesbaden: Springer VS, S. 127-145.

Kaase, Max (1984): The Challenge of the «Participatory Revolution» in Pluralist Democracies. *Pluralist Democracies. International Political Science Review*, 5(3), 299-318. <https://doi.org/10.1177/019251218400500306>

Kaase, Max (2000): Partizipation. In: Everhard Holtmann (Hrsg.): *Politik-Lexikon*. Oldenbourg

Wissenschaftsverlag, München, S. 466–470.

König, Armin (2011): »Bürger und Demographie: Partizipative Entwicklungsplanung für Gemeinden im demographischen Wandel. Zgl. Dissertation DHV Speyer. Merzig: Gollenstein.

Küpper, Beate; Zick, Andreas (2015): Rechtsextremismus. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/214192/gruppenbezogene-menschenfeindlichkeit/>

Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, Kompetenzzentrum Rechtsextremismus (2022): Die „Neue Rechte“ - Eine Gefahr für unsere Demokratie. Wiesbaden: Landesregierung.

Leo, Per; Maximilian Steinbeis; Daniel-Pascal Zorn (2017): Mit Rechten reden. Ein Leitfaden. 5. Aufl. Stuttgart: Klett-Cotta.

Lüttig, Frank; Jens Lehmann (2020)(Hg): Rechtsextremismus und Rechtsterrorismus. Baden-Baden: Nomos.

Marcinkowski, Frank; Pfetsch, Barbara (2009): Politik in der Mediendemokratie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Mau, Stefan; Lux, Thomas; Westheuser, Linus (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.

Mauk, Marlene (2020): Rebuilding Trust in Broken Systems? Populist Party Success and Citizens' Trust in Democratic Institutions. *Politics and Governance* 2020, Volume 8, Issue 3, Pages 45–58 DOI: 10.17645/pag.v8i3.2896

Mudde, Cas and Cristóbal Rovira Kaltwasser (2017): *Populism: A Very Short Introduction*. Oxford: Oxford University Press.

Nida-Rümelin, Julian (2024): Sind wir noch zu retten? Diskussion um die AfD. Unser Konzept einer wehrhaften Demokratie wird allein durch den wichtigen Protest gegen Nazis nicht überleben. Extremisten müssen bekämpft werden, durch einen starken Staat und eine realistische Politik. *Süddeutsche Zeitung* vom 26.1.2024

Niedermayer, Oscar (2005): Bürger und Politik: Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen. 2. Aufl. Wiesbaden.: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Petersohn, Susanne (WDR) (2024): Massenproteste gegen Rechtsextremismus: „Die AfD zeigt sich hoch verunsichert“. tagesschau.de 28.1.2024.

Petter, Jan (2020): Rechtsextreme in der AfD: So sprechen «Flügel»-Anführer Höcke und seine Leute. SPIEGEL 12.3.2020. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/rechtsextreme-in-der-afd-so-sprechen-fluegel-anfuehrer-hoecke-und-seine-leute-a-98188c22-71b5-4b56-8d0c-a21f4bcef2e1>

Pfahl-Traughber, Armin (2019): Die AfD und der Rechtsextremismus. Eine Analyse aus politikwissenschaftlicher Perspektive. Wiesbaden: Springer VS.

Pfahl-Traughber, Armin (2019b): Der Extremismus der Neuen Rechten. Eine Analyse zu Diskursthemen und Positionen. Wiesbaden: VS essentials.

Pfahl-Traughber, Armin (2019c): Ist die «Alternative für Deutschland» eine rechtsextremistische Partei? Eine Erörterung aus politikwissenschaftlicher Sicht. In: Martin H. W. Möllers/ Robert Chr. van Ooyen (Herausgeber), Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2018/2019, S. Frankfurt/M. 2019, Seite 35-54.

Rath, Christian (2020): »Klage vor dem Bundesverfassungsgericht : Gefährliches Schweigen«. taz v. 7.8.2020. <https://taz.de/Klage-vor-dem-Bundesverfassungsgericht/!5701730/>

Reitz, Michael (2020): Die Politologin Judith Nisse Shklar : Wie Demokratien Krisen überstehen. SWR Wissen. 5.12.2020. Manuskript zur Sendung. <https://www.swr.de/swr2/wissen/die-politologin-judith-nisse-shklar-wie-demokratien-krisen-ueberstehen-swr2-wissen-2020-12-05-100.html>

Rucht, Dieter (2016): Die medienorientierte Inszenierung von Protest. <https://www.bpb.de/themen/medien-journalismus/medienpolitik/236953/die-medienorientierte-inszenierung-von-protest/>

Salecker, Nils (2024): Proteste gegen Rechts-
extremismus in RLP – FAQ zu „Demos gegen
rechts“: Teilnehmer, Motive, Folgen. SWR.
26.1.2024. [https://www.swr.de/swraktuell/
rheinland-pfalz/faq-demos-gegen-rechts-in-
rlp-wer-demonstriert-hier-und-warum-100.
html](https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/faq-demos-gegen-rechts-in-rlp-wer-demonstriert-hier-und-warum-100.html)

Sehl, Marcus; Oscar Genter (2024): Schwachstel-
le vor Wahlen in Thüringen: So leicht könnte
Höcke Verfassungsfeinde zu Spitzenbeamten
machen. LTO v. 13.2.2024. [https://www.lto.
de/recht/hintergruende/h/afd-thueringen-re-
gierung-staatssekretaer-verwaltung-beamte-
verfassungsfeinde-wahlen/](https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/afd-thueringen-regierung-staatssekretaer-verwaltung-beamte-verfassungsfeinde-wahlen/)

Shklar, Judith (2013). Der Liberalismus der
Furcht. Der Liberalismus der Furcht. 2. Aufl.
Herausgegeben und übersetzt von Hannes
Bajohr. Vorwort Axel Honneth; ergänzende
Essays von Seyla Benhabib, Michael Walzer,
Bernard Williams. Berlin: Matthes & Seitz.

Shklar, Judith (2021): Über Ungerechtigkeit. Er-
kundungen zu einem moralischen Gefühl.
Herausgegeben und neu durchgesehen von
Hannes Bajohr. Berlin: Matthes & Seitz.

Süddeutsche Zeitung: Politbarometer: Schlechte Werte für die Regierung. SZ v. 15.12.2023. <https://www.sueddeutsche.de/politik/politbarometer-schlechte-werte-fuer-die-regierung-1.6320217>

SWR (2023): Mainzer Politologe Arzheimer im Interview - Zehn Jahre AfD: «Der Umgangston ist sehr viel rauer geworden». 6.2.2023. <https://www.swr.de/swraktuell/rheinland-pfalz/10-jahre-afd-interview-arzheimer-mainz-100.html>

Tagesschau (2023): Terrorverfahren in Reichsbürgerszene. Zwischen Gewalt und Wahnsinn. 4.12.2023. <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/terrorverfahren-reichsbuerger-rechtsextremismus-prinz-reuss-100.html>

Treichler, Robert (2024): »EkelhAfD«. Kann man die AfD verbieten? Ihr die staatliche Finanzierung entziehen? In Deutschland sammelt sich eine Bewegung gegen Rechtsextremismus. In Österreich schießt man über die Grenze. In: Profil 4, 27. Jänner 2024. S. 36-37.

Uehlinger, Hans Martin (1988): Politische Parti-

zipation in der Bundesrepublik Deutschland. Strukturen und Erklärungsmodelle. Westdeutscher Verlag, Opladen

van Deth, Jan W (2014): A conceptual map of political participation. *Acta Polit* 49, 349–367 (2014). <https://doi.org/10.1057/ap.2014.6>

Verba, Sidney; Kay Lehman Schlozman; Henry Brady (1995): *Voice and Equality Civic Voluntarism in American Politics*. Cambridge, Mass./ London: Harvard Univ. Press.

Weiß, Volker (2017): *Die Autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes*. Stuttgart: Klett-Cotta.

WELT (2024): Tausende Menschen demonstrieren in Potsdam und Berlin gegen Faschismus – auch Scholz. <https://www.welt.de/politik/deutschland/article249525192/Potsdam-und-Berlin-Tausende-Menschen-demonstrieren-nach-AfD-Treffen-auch-Scholz.html?icid=search.product.onsitesearch>

WHO (2022): Statement von Henry Kluge: The European Region is in a »permacrisis« that

stretches well beyond the pandemic, climate change and war.

Woyke, Wichard (2021): Politische Partizipation. In Andersen, Uwe; Wichard Woyke (Hg.): Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland. 8., aktual. Aufl. Heidelberg: Springer VS 2021.

ZDF (2024): Ex-Verfassungsrichter über AfD:Experte: Partei-Verbot nur als letztes Mittel. Die Debatte über ein mögliches AfD-Verbot ist in vollem Gange. Doch wie sinnvoll wäre ein Parteiverbotsverfahren? Der frühere Verfassungsrichter Peter Müller zeigt sich skeptisch. 23.1.24. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/parteienfinanzierung-npd-afd-mueller-partieverbot-100.html>

Autor

Dr. Armin König

Armin König (geb. 1957) ist ein deutscher Verwaltungs- und Politikwissenschaftler, Publizist und Europawissenschaftler. König war 27 Jahre hauptamtlicher Bürgermeister in der Saarländischen Gemeinde Illingen. Viermal wurde er direkt gewählt, das war Rekord im Saarland.

Zuvor war er Nachrichten- und Politikredakteur beim Saarländischen Rundfunk, Junior-korrespondent in Luxemburg, Pressesprecher einer Landtagsfraktion und Zeitungsredakteur der Saarbrücker Zeitung. Armin König hat Deutsch, Sport, Geschichte, Verwaltungswissenschaften und Europawissenschaften studiert. An der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften in Speyer wurde er 2011 mit einer Dissertation zu »Bürger und Demographie« promoviert.

Publikationen

Auszug

2023

Bürgerkommune : Partizipativ zum Erfolg. Edition art & research südwest.

Verfassungsrichter auf abwegigem Gelände: Peter Müller und die Befangenheit des politischen Richters | König, Dr. Armin | ISBN: 9783948105228

Die transatlantische Illusion. Rezension zu: Josef Braml: Die transatlantische Illusion. Die neue Weltordnung und wie wir uns darin behaupten können. C.H. Beck 2022. Politbuch. 16. September 2023.

Chinas unaufhaltsamer Aufstieg zur Weltmacht Nummer eins? Rezension zu: Clive Hamilton / Mareike Ohlberg: Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet. Pantheon 2022. Politbuch 16. Februar 2023.

Start-up-AG für das Saarland? In: kommune21.de https://www.kommune21.de/meldung_40616_Start-up-AG+für+das+Saarland%3F.html

[Niewel, Gianna (2023): Herr König macht Schluss : fast 30 Jahre war Armin König Bürgermeister Kleinstadt Illingen im Saarland : selbst Morddrohungen hielt er aus : was nimmt er mit aus all den Jahren? In. Süddeutsche Zeitung. Bd. 79 (2023), 173 (29/30. Juli), S. 6 Porträt]

2022

Bürgerkommune kompakt 2022 : gute Beteiligung. Art & research südwest.

Ortskerne retten – das geht nur auf Augenhöhe. Seit 25 Jahren ist Armin König Bürgermeister von Illingen. In diesem Vierteljahrhundert hat der Saarländer gelernt, was die Dos und Don'ts einer nachhaltigen Dorfentwicklung und Ortskernstärkung sind. In: mittendrin und rundherum. Ein nonconform lesebuch. Hg. Czaja, Wojciech & Feller, Barbara. Jovis, Berlin.

Waldnatur – Josef H. Reichholf bürstet wieder einmal Naturthemen gegen den Strich. In: Politbuch. 5. September 2022.

Egomane Kissinger – Staatskunst? Rezension zu: Kissinger, Henry: Staatskunst. Politbuch 3. August 2022.

2020

Strategisches Management im demografischen Wandel : wie Kommunen die Herausforderungen bewältigen. 2. Aufl.

2019

Bürgerkommune: Ein Überblick. Springer Nature. ISBN 9783658241681.

Strategisches Management im demografischen Wandel: wie Kommunen die Herausforderungen bewältigen. ISBN 9783948105020.

Protestwahl nach Wutpolitik: Seehofers kapitale Fehleinschätzungen. ISBN 9783948105044.

Tabakrauch im Auto ist Körperverletzung gegen Kinder: die Raucherlobby hat die Bundespolitik im Griff. ISBN 9783948105013.

»Auf ein Wort...« Die Verwaltung muss sich digital neu erfinden, oder sie wird von der Bildfläche verschwinden. In: Verwaltung und Management, 25, 20190301, 50

Das andere Achtundsechzig – Als Gretchen und Helke und Sarah und Sigrid Revolution machten. Rezension zu: Hohenberg, Christina, von: Das andere Achtundsechzig : Gesellschaftsgeschichte einer Revolte. München: C.H. Beck 2018. 978-3-406-71971-4. URN: urn:nbn:de:0168-ssor-61208-9.

2018

Bayernbeben: Bierzelt-Krawallos in Not : eine Abrechnung mit Seehofer, Söder und Co.

Machtkampf um die Stadt: Politisches und Kritisches - Festschrift für Wolfgang Scholl. ISBN 9783928817431.

Blütenstaub der Moderne: können wir heute noch Novalis lesen? ISBN 9783948105006.

Digitalisierung revolutioniert Verwaltung der Saar-Kommunen : bisher noch erheblicher Nachholbedarf - offenes Saar-Digi-Lab vorgeschlagen : nicht von oben herab diktieren, sondern vernetzt entwickeln. In: SKZ. Bd. 68 (2018), 9/10, S. 154-158

Saarland: Auf dem Weg zum Bürgerland. Radikal neue Ansätze der digitalen Transformation umsetzen. In: Kommune 21. Dezember 2018, S. 8.

Rezension vom 04.10.2018 zu: Peter Schmitt-Egner: Gemeinwohl. Konzeptionelle Grundlinien zur Legitimität und Zielsetzung von Politik im 21. Jahrhundert. Nomos Verlagsgesellschaft (Baden-Baden) 2015. ISBN 978-3-8487-1488-9. In: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <https://www.socialnet.de/rezensionen/19718.php>

2017

Modern, kooperativ, datensicher - zehn saarländische Kommunen praktizieren interkommunal Cybersicherheit. SKZ.

2016

Demografischer Wandel – lokal gesteuert: ein Erfahrungsbericht. ISBN 9783734567698;

Demografie kompakt 2016: Bürger planen Zukunft im demografischen Wandel. ISBN 9783839130957.

Der Weg zur Umweltinformationsfreiheit im Saarland: Saarländisches Umweltinformationsgesetz (SUIG)/Umwelt-

informationsgesetz (UIG)/Richtlinie 2003/4/EG. ISBN 9783928817417.

Einer für alles : Bürgermeister Armin König hält die Illinger Kultur im Aufwind / das Interview führte Ruth Rousselange. Interview mit der Zeitschrift Opus. Autorin: Ruth Rousselange. OPUS Bd. 9 (2016), 54, S. 158-159.

Höllisch Gebrodel : ein Illinger Drama. In: Machtkampf um die Stadt.

2015

Interview mit Bürgermeister Armin König, Gemeinde Illingen, am 8.7.2011 in Illingen Saar. In: Ulrich, Jutta: Dörfliches Wohnen : Geschichte Projekte und Perspektiven ländlicher Gemeinden in Deutschland / Ullrich Jutta . - Stuttgart 2015. - 2015 S. 592-595- 2015, S. 592-595

Rezension vom 19.10.2015 zu: Michael Scheithauer: Reformorientierte Gesellschaftsinitiativen. Ideen- und Stichwortgeber für den politischen Diskurs? Nomos Verlagsgesellschaft (Baden-Baden) 2014. ISBN 978-3-8487-0967-0. In: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <https://www.socialnet.de/rezensionen/16888.php>, Datum des Zugriffs 19.10.2023.

2014

Der Weg zur Umweltinformationsfreiheit im Saarland: saarländisches Umweltinformationsgesetz (SUIG), Umwelt-

Informationsgesetz (UIG), Richtlinie 2003/4/EG. ISBN 9783928817318.

Churchills, Schirmherrscher und innovative Rebellen: politische Lektüren und Rezensionen. ISBN 9783928817370.

Rezension vom 22.08.2014 zu: Sonja Witte: Einflussgrad der deutschen kommunalen Ebene auf die Politikgestaltung der EU. Peter Lang Verlag (Bern · Bruxelles · Frankfurt am Main · New York · Oxford) 2013. ISBN 978-3-631-62841-6. Reihe: Kommunalwirtschaftliche Forschung und Praxis - Band 22. In: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <https://www.socialnet.de/rezensionen/15839.php>,

Rezension vom 29.12.2014 zu: Uwe Brandl: Praxiswissen für Kommunalpolitiker. Erfolgreich handeln als Gemeinde-, Stadt-, Kreis- und Bezirksrat. Verlagsgruppe Hühlig Jehle Rehm (Heidelberg) 2014. 4. Auflage. ISBN 978-3-7825-0548-2. In: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <https://www.socialnet.de/rezensionen/16755.php>,

2013

Wirtschaftlichkeit und Controlling in der Verwaltung. ISBN 9783732290758.

Rezension vom 19.09.2013 zu: Dorothee de Nève, Tina Olteanu (Hrsg.): Politische Partizipation jenseits der Konventionen. Verlag Barbara Budrich GmbH (Opladen, Berlin, Toronto) 2013. ISBN 978-3-8474-0042-4. In: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <https://www.socialnet.de/rezensionen/14826.php>, Datum des Zugriffs 19.10.2023.

2012

Kommunen altern und schrumpfen – aber das ist kein Grund zur Panik. Keine Angst vor demografischem Wandel. Kindle-eBooks. Edition Kerpen. ISBN: 978-3-928817-25-7

Demographischer Wandel erfordert neue politische Prioritäten im Saarland. In: Saarländische Kommunal-Zeitschrift (SKZ), Bd. 62 (2012), Heft 2, S. 48-54.

Keine Angst vor Schrumpfung dank Offenheit pfiffiger Ideen und Bürger-Partizipation: Illingen 2030 : zur Strategie kleiner und mittlerer Gemeinden im demografischen Wandel Vortrag bei der KGSt.- Fachkonferenz „Management des demografischen Wandels in Kommunen“ am 15.11.2010 in Kassel. URN: <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:291-saardok-bsz3695489730>

Voll digital durch scannen und archivieren - im kommunalen DSI Illingen verwandeln Behinderte und nicht Behinderte Beschäftigte unübersichtliche Aktenberge in wertvolle Daten. In. SKZ Bd. 62 (2012), 5, S. 107-108.

Illingen: Mehr Platz für weniger Bürger. Der demografische Wandel ist auch in den Gemeinden Westdeutschlands angekommen. Mit „Melanie, Motivation und kessen Sprüchen“ stellt sich die Gemeinde im Saarland den Herausforderungen Alterung und Schrumpfung. In: Chance! Demografischer Wandel vor Ort. Ideen – Konzepte – Beispiele. herausgegeben von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung. Bonn (2012). S. 15-18. URL: http://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/fileadmin/sites/ELER/Dateien/05_Service/Publikationen/broschuere_demografie_web.pdf

Rezension vom 24.07.2012 zu: Barbara Remmert, Hans-Georg Wehling (Hrsg.): Die Zukunft der kommunalen Selbstverwaltung. Verlag W. Kohlhammer (Stuttgart) 2012. ISBN 978-3-17-022012-6. Reihe: Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs - Band 39. In: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <https://www.socialnet.de/rezensionen/13249.php>, Datum des Zugriffs 19.10.2023.

2011

Bürger und Demographie : Partizipative Entwicklungsplanung für Gemeinden im demographischen Wandel. Malstatter Beiträge aus Gesellschaft, Wissenschaft und Kultur (zugl. Dissertation Verwaltungswissenschaft DHV Speyer). Merzig: Gollenstein Verlag. ISBN: 978-3-938823-91-0.

Rezension vom 14.09.2011 zu: Taco Brandsen: Civicness in the governance and delivery of social services. Nomos Verlagsgesellschaft (Baden-Baden) 2010. 290 Seiten. ISBN 978-3-8329-5420-8. In: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <http://www.socialnet.de/rezensionen/10846.php>

Rezension zu Kleidat, Carl Peter: Bedingungen der Akzeptanz von Reform. VS Verlag für Sozialwissenschaften (Wiesbaden) 2011. In: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245, <http://www.socialnet.de/rezensionen/12168.php>

Rezension zu Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Demographie Konkret – Kommunale Familienpolitik [...]. Verlag Bertelsmann Stiftung (Gütersloh) 2010. 120 Seiten. ISBN 978-3-

86793-073-4. In: socialnet Rezensionen, ISSN 2190-9245,
<http://www.socialnet.de/rezensionen/10544.php>

Rezension zu Straßheim, Holger: Netzwerkpolitik. Governan-
ce und Wissen im administrativen Austausch. pw-portal
Nr. 40085.

Rezension zu Schüttemeyer, Suzanne (Hg.): Politik im Klima-
wandel. Keine Macht für gerechte Lösungen? Baden-Ba-
den: Nomos. pw-portal Nr. 40291.

2010

Mitverantwortung der Kommunen : Bildung und Erziehung
in der Wissensgesellschaft. In: Zukunftshandbuch Kinder-
tageseinrichtungen. Regensburg: Walhalla Fachverlag.

Keine Angst vor Schrumpfung dank Offenheit, pfiffiger Ideen
und Bürger-Partizipation : Illingen 2030. Zur Strategie klei-
ner und mittlerer Gemeinden im Demografischen Wandel.
In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
(BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung
(BBR) (Hrsg.): Vielfalt des Demografischen Wandels. Eine
Herausforderung für Stadt und Land. BBSR-Online-Publi-
kation, Nr. 06/2010. S. 120-126.

Interkommunale Kooperation : neue Chancen bei Verzicht
auf Macht, Autonomie und traditionelle Verfahrenswei-
sen; Mut und Durchhaltevermögen von Bürgermeistern
und Politikern notwendig. In: Saarländische Kommunal-
Zeitschrift : Mitteilungsblatt für Ratsmitglieder und Kom-

munalverwaltungen . – Saarbrücken : Saarländ. Städte- u. Gemeindetag. – Bd. 60 (2010), 8, S. 169-172.

„Musterfall Illingen 2030 – wie das Saarland den Strukturwandel und den demographischen Wandel bewältigt“ : Vortrag bei der DSK-Fachtagung „Demografischer Wandel, Klimawandel, Strukturwandel“ in Nürnberg.

Kommunales Leerstandsmanagement: „Platz da – Wir wollen mehr Dorf für weniger Bürger“. Zur Strategie kleiner und mittlerer Gemeinden im demographischen Wandel. Vortrag beim 1. hessischen Demographiekongress am 30. April 2010 in Wiesbaden.

Informationsgesellschaft und Glocal Village – neue Anforderungen an Kommunen, Politik und Schulen (2010). In: SSOAR <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-67126>

Rezension zu Naßmacher, Hiltrud / Naßmacher, Karl-Heinz (2007): Kommunalpolitik in Deutschland. 2. überarb. Aufl. in: PVS 51. Jg. 1/ 2010 / vol. 51 S. 170-172.

Rezension zu Feld, Lars P. et al.: Jahrbuch für direkte Demokratie. In: Zpol online Nr. 38022.

Rezension zu Rauscher, Anton (Hrsg.): Verantwortung in einer komplexen Gesellschaft. Zpol online Nr. 38488.

Rezension zu Färber, Christine: Geschlechtersensibler Beteiligungshaushalt. In: Socialnet.

Rezension zu Tabatt-Hirschfeldt, Andrea: Leistungsorientierung in der Kommunalverwaltung. In: Socialnet.

Die Buch-Debatte

Trash: Peter Hahnes grausam schlechtes Empörungsbuch »Ist das euer Ernst?!: Aufstand gegen Idiotie und Ideologie«

Und ewig kräht der Hahne

Peter Hahne war einst ein freundliches Fernsehgesicht des ZDF. Er galt als nett. Man hielt ihn für seriös. Es gab sogar Zeiten, da mochte ich ihn. Schließlich war er wie ich einmal Redakteur des Saarländischen Rundfunks in einer seriösen Redaktion, der Chefredaktion Politik. Aber das ist lange her. Inzwischen ist er ein Propagandist der rechten Szene geworden – auf unterstem Niveau: unseriös, inkompetent, auf geradezu pubertär-aufständische Art ignorant. Und so kommt auch sein neues Druckwerk daher: mit laut blökendem Titel: »Ist das euer Ernst?!: Aufstand gegen Idiotie und Ideologie«. Deshalb ist es nicht ungerecht, ihn hart zu kritisieren. Natürlich wird er sein Publikum finden: AfD-ler, WerteUnion'ler, Corona-Leugner, Aluhüte, Wutbürger. Davon gibt es mittlerweile so viele, dass man mit rechtem Trash viel Geld verdienen kann. Auch mit Druckwerken.

Ein Buch will man das »Ding« kaum nennen, Literatur schon gar nicht. Und mit dieser Kritik stehe ich nicht allein. Das beruhigt mich. Denn auch andere kommen zu der Auffassung, dass dieser Hahne-Kampf gegen das »System« einfach nur substanzlos schlecht ist.

Wer so rotzig-aufständisch daherkommt, darf sich nicht wundern, wenn die Reaktionen heftig ausfallen. Das Hahne-Druckwerk ist in seiner Tendenz – um seinen eigenen Titel aufzunehmen, ideologisch und geradezu idiotisch verbohrt. Es ist eine einzige Ansammlung von rechtspopulistisch gängigen Vorurteilen. Das kennt die Öffentlichkeit von ihm, der schon in früheren Büchern über angebliche »Sprachpolizei« und »Bürokratenterror« und »Volksverdummung« wetterte. Irgendwie klingt es nach Björn Höcke, Alice Weidel und Alexander Gauland:

»Nirgends zeigt sich die fatale Kombination von Idiotie und Ideologie, von Ignoranz und Arroganz katastrophaler als im Leiden der Realität und Negieren der Wahrheit. Glaubt man, die Leute halten ewig still?! Bertolt Brecht schreibt: ›Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.« Und von Jesus Christus wissen

wir, wie es seit 1457 an der Fassade der Universität Freiburg eingemeißelt steht: »Die Wahrheit wird euch frei machen.« Gemeint ist: **nur** die Wahrheit. nichts als die Wahrheit.« (Hahne 2024, 8)

Das ist ganz dünnes Eis, auf das sich Hahne da begibt. Da ist die LTI-Sprache nicht weit. Bräunt es etwa auf seinen Seiten? Wie schon in vorigen Büchern schämt sich der ehemalige Journalist nicht, mit niedrigen Instinkten zu spielen und damit natürlich auch miese Stimmung zu machen. Und das Zitat aus Brechts »Leben des Galilei«, das natürlich für die Bühne und den Kampf gegen die Gralshüter des Ewiggestrigen geschrieben wurde, nun gegen die Moderne und die Meinungsfreiheit der kritischen Medien zu wenden, ist einfach nur – mit Verlaub – hinterfotzig.

Peter Hahne ist ein Instinktschreiber geworden – und das stinkt gewaltig. Wenn es den Begriff Skunk-Trash gäbe, könnte man ihn hier anwenden. Mit Sachliteratur hat das, was (und wie) Hahne schreibt, wenig zu tun.

Dabei gibt es durchaus Probleme und Symptome, die man zur Grundlage einer seriösen Auseinandersetzung mit Vertrauensverlusten der Politik und der Medien machen könnte. Die Wissenschaft macht das seriös und kompetent.

Aber das will der ehemalige Journalist ja offenbar gar nicht. Da schwafelt der heute rechtsgerichtete Prediger Hahne, der für einschlägige Schlagseiten-Medien wie Tichys Einblick und Achse des Guten schreibt, ohne Belege auf geradezu hanebüchene Weise: »Die einen gehen nach abgebrochenen Studien oder gescheiterten Lebensentwürfen in die Politik oder den Journalismus, die anderen, gut Gebildeten, sitzen auf gepackten Koffern und wollen auswandern.« (Hahne, 8)

Ist das Wahrheit oder ist das Lüge? Oder einfach nur unfreiwillig komisch? Lessing hat uns in seiner Polemik gegen den hamburger Hauptpastor Goeze gelehrt, dass und wie man als Aufklärer polemisch auf verquaste Angriffe reagieren muss. Lessing beginnt seine Anti-Goeze-Fragmente mit dem schönen Satz: »Poltern Sie doch nicht so in den Tag hinein: ich bitte Sie.«

Ich bin also versucht, zu schreiben: Was für ein ha(h)nebüchener Quatsch, so zu poltern und die Wahrheit zu verbiegen! Und das von einem ewiggestriegen Theologen, dessen Berufs-Bildungsvoraussetzungen wir trefflich untersuchen könnten. Ist er nicht selbst als Theologe über ein Praktikum beim SR in die Chefredaktion Politik gerutscht – wie auch immer? Es gab damals merk-

würdige Karrieren, merkwürdiger noch als heute. Wer im Glashaus sitzt, wird von allen Seiten beobachtet. Mit Steinen sollte er nicht schmeißen. Hahnes Behauptung ist in der generalisierten Form völliger Unsinn. Zum Glück arbeiten in den Redaktionen und Parlamenten abertausende bestens ausgebildete Profis mit hoher Motivation. Ich jedenfalls habe dies in 14 Journalisten- und 27 Bürgermeisterjahren in Redaktionen, Verwaltungen und in einem Landtag sehr positiv erfahren. Es gab auch die Anderen. Aber wo gibt es die nicht? Das weiß auch der nicht allwissende Herr Hahne. Woher er das Wissen hat, wie viele Millionen gut gebildete Menschen in Deutschland auf gepackten Koffern sitzen, wissen wir nicht. Wir halten es für einen Schmarren. Zur Urlaubszeit stimmt dies gewiss, vor allem wenn gerade einmal gestreikt wird, denn dann fliegt und fährt man nicht Zug, sondern sitzt auf Koffern, die schon gepackt sind. Zugegeben: Die Zahl der Streiks hat gerade zugenommen. Aber die gehen auch wieder vorbei, zumal Claus Weselsky bald im Ruhestand sein wird. Ansonsten tragen die Millionen, von denen der Herr Autor gesprochen hat, ihre Koffer brav und unternehmungslustig zum nächsten Flieger, zum Auto oder zum Zug, um es sich anschließend in ihrem Feriendomizil gut gehen zu lassen. Aber die

Behauptung, dass all die gut Gebildeten nun auf gepackten Koffern säßen, um auszuwandern, ist im Hahne-Duktus entweder ein Fall von Ideologie oder von Idiotie. Im übrigen ist seine unglaubliche Bösartigkeit und falsch Darstellung, all diejenigen, denen die Politik oder den Journalismus gehen, als ungebildete Versager zu beschimpfen. Das zu tun ist entweder ein Fall von Ideologie oder von Idiotie. Was oder was ist hier aufgeblasener: der das Problem oder der Autor? Da führt einer, um wieder den süffisanten Lessing zu zitieren, »Kriege, die keine Triumphe verheißen«.

Die Liste der ha(h)nebüchenen Fehlleistungen, der schiefen Bilder, der Falschdarstellungen lässt sich locker erweitern.

So schreibt der mutmaßliche Corona-Leugner Hahne: »Wegen einer ›stärkeren Grippe‹ (WHO) haben Staat und Kirche Millionen unschuldiger Menschen über Jahre in Einsamkeit und Depression gestürzt. Ein Verbrechen!« (Hahne, 10).

Im Fußball-Stürmerton wütet Hahne: »Wann werden verleumdete und verteufelte, um Beruf und Ansehen gebrachte Kritiker [Hahne meint Coronaleugner und Impfgegner; AK] endlich entschädigt und rehabilitiert? Das bewegt die Menschen und nicht, welche Armbinde Fußball-

mannschaften tragen sollen, wie viel Sternchen in Texten stehen oder welcher Ernährungs-Wahn gerade regierungsamtlich angesagt ist.« (Hahne, 10-11)

Natürlich ist der evangelikale Prediger-Politiker auch homophob und queerfeindlich: »Und der Fußball ist nur noch Weltmeister queerer Hochmoral«. Der Verlag meint, Peter Hahne »entlarvt den Schwachsinn. Wie immer mit Hirn, Herz und Humor.« Fakt ist: Da ist kein Humor, kein Herz und kein Hirn in Hahnes Wutschreibe. Das *ist* Schwachsinn, wenn der Verlag es denn so will. Gern hätte ich den Mantel des Schweigens oder des Mitleids über Peter Hahne gebreitet, wäre er nicht so ein miesepetriger rechtsgerichteter Buchhonorar-Geldscheffler, der mit populistischen Wutreden in Rattenfänger-Manier brave Leserinnen und Leser für dumm verkauft und ihnen – Achtung: Hahne-Stil! – »Schwurbelei und Fake-news« serviert. Idiotie und Ideologie will Hahne bekämpfen. Was liefert er? Eine Hetzschrift, wie es einst der Hamburger Hauptpastor Goeze tat, voller idiotischer rechtsgerichteter Ideologie. Wie gut, dass der Aufklärer Lessing auch darauf eine Antwort hat: »Ist es von einem rechtschaffenen [...] Theologen begreiflich, daß er, unter einem solchen Titel, widerlegte Beschuldigungen noch-

mals in die Welt schickt, ohne auf ihre Widerlegung die geringste Rücksicht zu nehmen? – »So hat er denn wohl von dieser Widerlegung nichts gewußt?« – O doch! Er weiß sehr wohl, daß sie vorhanden ist.« Und weiter: »Sie schwatzen, verleumden und poltern: für Beweis und Eviktion mag die Kanzel sorgen.«

Und dreimal krächte der Hahne. Und Jesus sprach: Petrus Peter Hahne, mir graut vor dir. (Das ist Humor, lieber Peter, alter Ex-Kollege, da mag mir Gott hold sein wie weiland bei Lessing – aber Kriege mag ich darob nicht führen).

Was Kollegen meinen

Thomas E.Schmidt schreibt in der ZEIT unter dem Titel »Der Rechthadder«:

»Wieder springt Peter Hahne uns direkt ins Gesicht: Ist das euer Ernst?!, bellt uns der Titel seines neuen Buches an, welches, kaum erschienen, schon auf der Spiegel-Bestsellerliste den ersten Platz behauptet. „Neiiiiin“, wimmern wir im Würgegriff, angsterfüllt dem Mann ins Zornesantlitz blinzelnd, dem sittsamen Protestanten und ehemaligen Vizecheflangweiler der ZDF-Politikredaktion: Und mit ihm fragen wir uns, warum gleich

der Aufstand gegen Idiotie und Ideologie ausgerufen werden muss, wenn wir offenbar die Idioten und Ideologen und doch die Einzigen sind, die noch aufstehen können.« (ZEIT, 7.3.2024)

Es stehe »so gut wie gar nichts« in diesem achten Hahne-Wutbuch wider den Zeitgeist. Literarisch, wenn man den Stil denn so nennen kann, ist es für Schmidt »die Scheltrede eines routinieren Wutschreibers, so etwas wie ein lutherisch anmutender Rap.« Kann man so sehen. Aber das ist noch freundlich ausgedrückt. Schmidt verreit Hahne auf elegantest mögliche Art. »Die Erfahrung zeigt, dass rechtspopulistische Reden nach relativ kurzer Zeit zerbröseln, sie werden skurril oder znkisch, niemand hört mehr hin. Dann kommt einer, der das Ressentiment einsammelt und wieder frisch aussehen lässt. In den kommenden Wochen wird Peter Hahne diese Rolle übernehmen.« (Schmidt 2024).

Schmidt wirft Hahne AfD-Sprech vor, »aber auf 141 Seiten nie offen und niemanden grob beleidigend (offener fällt das Gespräch mit der Jungen Freiheit auf YouTube aus). Es geht wie stets um Deutschlands wahre konservative Opposition, die niedergehalten werde. Immer schwieriger wird es aber, sie zu beschwören und sich dann doch

nicht zur AfD zu bekennen. Dreißig Prozent der Bürger teilten seine Ansichten inzwischen, sagt Hahne. Siebzig Prozent allerdings nicht. Sollen wir uns aufregen? Andere werden es tun. Das neunte Buch will uns schon an die Gurgel. Wir spüren es genau.«

Gelobt wird Hahne von ganz rechtsauen, der Redaktion der AfD-nahen »Jungen Freiheit«: Hahne sei »Den Deutschland-Abschaffern in die Parade« gefahren. Im Youtube-Interview mit der rechtsnationalen Postille wird der Fakenews-Braddler deutlicher. So lesen wir auf Google die Youtube-Ankündigung: »Wir brauchen einen Aufstand gegen Idiotie und Ideologie«, heißt es dort unverblümt. Und das klingt dann schon wie die AfD oder die Identitäre Bewegung unter Martin Sellner: Der will den »Regime Change« von rechts.

Noch Fragen, Hahne?

Sie sind keine Zier für den Berufsstand der politischen Journalisten. Für den Trash, den Sie schreiben, habe ich keine Verwendung. Trash muss in die Tonne.

AK

Was in den Kommentarspalten zu Peter Hahnes Polemik steht

zusammengestellt von Sigrid König

Da schreibt ein »Ymr« auf Amazon:

»Ironisch und humorvoll, ja schon, aber mit gallichem Unterton. Was bleibt Peter Hahne freilich sonst übrig, wenn er als fassungsloser Chronist die Dysfunktionalitäten, Verharmlosungen und Unredlichkeiten von und in Staat und Öffentlichkeit bloßlegt? Gut und unterhaltsam zu lesen: empfehlenswerte Lektüre, faktenreich wie messerscharf, auch wenn man nicht jede Ansicht teilen wird und muss.«

Ein »Dr. M.« kommentiert:

»Egal, was man in Deutschland wählt: Am Ende kommt bis auf ein paar Nuancen stets der gleiche Unsinn heraus. Und damit ist auch eine Wählermehrheit zufrieden, denn es wählen gut zwei Drittel genau die Parteien, die jetzt regieren oder es in der vorherigen Wahlperiode taten. Ist doch alles

prima. Oder? Von Hahnes Aufstand ist nicht viel zu sehen.«

Und weiter:

»Und ja, die Leute, die Hahne kritisiert, sind eine Minderheit. Nur sind sie gut organisiert und sitzen inzwischen überall an den Schalthebeln. Und die Mehrheit wählt sie immer wieder. Siehe oben. Wenn Demokratien kippten, dann geschah das immer durch solche gut organisierten und sektenartig ideologisierten Minderheiten. Die Masse ist stets unorganisiert, träge und besonders in Deutschland immer bei den Siegern. Egal bei welchen. Und wenn man einmal falsch lag, dann hat man es eben nicht richtig gewusst.

Wenigstens das zieht nicht mehr. Hahne ist einer, der Wahrheiten ausspricht. Aber helfen wird es dennoch nicht. Kurz gesagt: Das Buch hat einen gewissen Unterhaltungswert. Vielleicht ist es auch eine Art Ventil für manche Zeitgenossen. Mehr aber nicht.«

Viel kritischer geht »Dominik« mit Hahne ins Gericht. Er gibt einen von fünf Sternen. Und auch der ist eigentlich einer zuviel.

»Am Ende ist es ein „alter weißer Mann“, der sich nicht mehr mit der aktuellen Gesellschaft identifizieren kann. Das ist grundsätzlich nicht schlimm, da jeder seine Meinung haben darf und sollte.

Dass dem Buch aber ein journalistischer und wissenschaftlicher Anstrich gegeben werden soll ist ein schlechter Witz (vor denen das Buch nur so strotzt). Es werden Anekdoten und Umfragen ohne Quellenangabe vorgeschoben um der eigenen Meinung mehr Gewicht zu geben.

Ein journalistischer Abstieg...«

Unter »Deutschland im Empörungsmodus« schreibt »61Glückauf«:

»Peter Hahne bezeichnet natürlich alles als ideologisch, was ihm missfällt, seine eigene Ideologie versucht er unter dem Gesichtspunkt Vernunft zu verkaufen. Ist aber sehr einfach zu durchschauen. Dieses Pamphlet eignet sich natürlich hervorragend für Menschen, die sich, durch soziale Medien aufgepeitscht, ohnehin im Empörungsmodus befinden. Ich glaube, Peter Hahne kommt einfach nicht mir gesellschaftlichen Veränderungen klar, die es nunmal gibt und die auch Menschen seiner Generation mit etwas mehr Gelassenheit gut er-

tragen können. Nicht sehr lesenswert.«

Das trifft den Kern.

Unter der Überschrift »gnadenloser Populismus« bemerkt »morgaine«:

»Unglaublich! Eine Aneinanderreihung von Vorwürfen, Halbwahrheiten und effektheisenden Statements. Anklage ohne Lösungsansätze, zu gut deutsch: „Einmal auskotzen“ und dafür Geld bekommen. Wirklich schade ums Geld, nicht wert gelesen zu werden.«

F.R. sieht »die übliche Schwurbelei am politisch rechten Rand, gespickt mit evangelikalem Mist.« Und JUMA meint: «Alter weißer Mann will zurück in die Vergangenheit... und hat Angst vor Veränderung. Wie verboht muss man sein?»

» Ein bunter Mix aus Verschwörungstheorien!« kommentiert AMG.

Es gibt natürlich auch Lobredner wie diesen JH:

» Peter Hahne hat ein durchweg gut recherchiertes und sehr gut die Wirklichkeit abbildendes Bild von Deutschland gezeichnet in seinem Buch. Mir fehlen allerdings die Alternativen. Die kommen

zu kurz. Aber das Buch öffnet einem die Augen über die Situation in Deutschland. Würde es nicht so viel in die Vergangenheit, sondern mehr in die Zukunft blicken, hätte es einen durch deutlichen Mehrwert.«

Zum Abschluss noch die knallharte Meinung von Thomas U., der schrieb »Ach du meine Güte, ist mir schlecht«:

»Herr Hahne, ist das wirklich Ihr Ernst?

Hier ist weder von Journalismus noch von Humor, ganz zu schweigen von gesundem Menschenverstand auch nur ein Anflug zu erhaschen.

Herr Hahne mahnt Populismus und schlechten Journalismus an, liefert aber auf jeder Seite seines Pamphlets zigfach Beweise, dass er sich genau dieser Mittel bedient. Da werden Umfragen ohne Quellenangaben zitiert, da werden Personen aus seinem Bekanntenkreis ohne Angabe der Person zitiert (und natürlich zu seinem Nutzen herangezogen) und es werden irgendwelche mittelständische deutsche Unternehmer zitiert, die irgendwelche Plakate an die Wände ihrer Betriebe hochziehen, und markige Aussagen machen, die Herr Hahne natürlich gleich an gesetzestatt gel-

ten lässt(S. 15). Allerdings lässt Herr Hahne uns im Unklaren, um wen es sich da handeln könnte und wo dieser Text in die Höhe gezogen wurde (Also wieder einmal: Nicht überprüfbar --> schlechter Journalismus!).

Im Klartext: Alles, was Herr Hahne einer möglicherweise gleichgeschalteten Staatspresse unterstellt, praktiziert er selbst in exemplarischer Form.

Auch der Beitrag über die Bärenjagd und den Sprachpazifismus kann ich nur belächeln. Hier werden unserer aktuellen Regierung Dinge unterstellt (Sprachpazifismus), die nachweislich bereits lange vor ihrer Zeit, besonders zu Zeiten Frau Merkels als Kanzlerin, in unseren Sprachduktus (Zitat Merkel) Einzug gehalten haben. Aber mit der geschichtlichen Abfolge nimmt Herr Hahne es nicht so genau.

@Herr Hahne: Wer Wasser predigt, sollte nicht selbst Wein saufen.

Ist das Ganze zumindest lustig? Nicht die Bohne.

Die 12 Euro hätte ich besser aus dem Fenster werfen können, dann hätte diese vielleicht noch ein Obdachloser finden können. Das wäre eine bessere Investition gewesen.

Ich habe dieses Schandblatt bis ca. Seite 21 gele-

sen, dann habe ich es seiner wahren Bestimmung zugeführt - dem Altpapier. Was für ein Schrott!«

Was erfährt man aus diesen Kommentaren? Wenn Leserinnen und Leser die Geld für ein Buch ausgeben, wollen sie Qualität. Peter Hahne liefert diese Qualität nicht.

Dass dies übereinstimmende Meinung von Thomas Schmidt (Die Zeit), vielen Amazon-Kommentierenden und von Politikexperte Armin König ist, lässt den Schluss zu, dass Peter Hahne ein wirklich schlechtes Buch auf den Markt geworfen hat.

Zusammenfassung:

1. Thomas E. Schmidts harte Kritik

In einem Artikel für die ZEIT, überschrieben mit »Der Rechthadder«, kritisiert Thomas E. Schmidt Peter Hahnes Buch »Ist das euer Ernst?!: Aufstand gegen Idiotie und Ideologie« als substanzlos und rechtsgerichtet. Schmidt bezeichnet Hahnes Schreibstil als eine »Scheltrede eines routinierten Wutschreibers« und vergleicht sie mit einem »lutherisch anmutenden Rap«. Er wirft Hahne vor, rechtspopulistische Reden zu halten und AfD-Rhetorik zu verwenden, ohne dies offen zuzugeben. Schmidt prognostiziert, dass Hahne die Rolle des

Ressentimentsammlers übernehmen wird, was den Erfolg seines Buches erklären könnte. Er kritisiert Hahnes Fehlen konkreter Alternativen und Lösungsansätze.

2. Armin Königs Verriss

Armin König verrißt Hahnes Buch als »Trash« und »grausam schlechtes Empörungsbuch«. Er bezeichnet Hahne als Propagandisten der rechten Szene, der auf unterstem Niveau agiert und sein Publikum in AfD-Anhängern, WerteUnion-Mitgliedern, Corona-Leugnern und Aluhüten sieht. König kritisiert das Buch als substanzlose Ansammlung rechtspopulistischer Vorurteile. Er bemängelt Hahnes ignoranten und pubertär-aufständischen Schreibstil. So schreibe der mutmaßliche Corona-Leugner Hahne: »Wegen einer ›stärkeren Grippe« (WHO) haben Staat und Kirche Millionen unschuldiger Menschen über Jahre in Einsamkeit und Depression gestürzt. Ein Verbrechen!« Dazu meint König: »Was für ein ha(h)nebüchener Quatsch, so zu poltern und die Wahrheit zu verbiegen! Und das von einem ewiggestriegen Theologen, dessen Berufs-Bildungsvoraussetzungen wir trefflich untersuchen könnten.« Der der evangelikale Prediger-Politiker sei zudem homophob und queer-

feindlich. Der ehemalige Journalist und langjährige Bürgermeister, der viermal direkt gewählt wurde und immer nah am Volk war, meint zum Abschluss: »Und dreimal krächte der Hahne. Und Jesus sprach: Petrus Peter Hahne, mir graut vor dir. (Das ist Humor, lieber Peter, alter Ex-Kollege, da mag mir Gott hold sein wie weiland bei Lessing – aber Kriege mag ich darob nicht führen).«

3. Die Verrisse der Leserinnen und Leser

Unter »Deutschland im Empörungsmodus« schreibt »61Glückauf«, dass Peter Hahne alles, was ihm missfällt, als ideologisch bezeichnet und seine eigene Ideologie unter dem Deckmantel der Vernunft verkaufen möchte. Das Buch wird als Pamphlet bezeichnet, das sich besonders für Menschen eignet, die bereits durch soziale Medien aufgepeitscht im Empörungsmodus sind. Die Kritik zielt darauf ab, dass Hahne sich nicht an gesellschaftliche Veränderungen anpassen kann und sein Werk als wenig lesenswert beurteilt wird.

Unter der Überschrift »gnadenloser Populismus« bemerkt »morgaine«, dass das Buch von Peter Hahne eine Aneinanderreihung von Vorwürfen, Halbwahrheiten und effektheisenden Statements sei. Es wird kritisiert, dass das Buch

keine Lösungsansätze bietet, sondern eher wie ein Auskotzen wirkt. Das Werk wird als Geldverschwendung betrachtet und als nicht lesenswert eingestuft.

F.R. sieht in Hahnes Buch »die übliche Schwurbelei am politisch rechten Rand, gespickt mit evangelikalem Mist.« JUMA meint, dass Hahne ein „alter weißer Mann“ sei, der sich vor Veränderungen fürchte und in die Vergangenheit zurückwolle. Die Kommentare interpretieren das Buch als eine Mischung aus Verschwörungstheorien und bezeichnen es als rechtsgerichtet und verbohrt.

Bei so viel Verriss fallen die positiven Kommentare (etwa der rechtsgerichteten Jungen Freiheit) kaum ins Gewicht. Zu befürchten ist allerdings, dass das Buch dem abgedrifteten Autor und ZDF-Langweiler wieder viel Geld einbringen wird. Möge er damit wenigsten Gutes tun und nicht Sektierer und Rechtsaußen-Ideen finanziell sponsern.

SK

Kommentare zum Weltfrauentag

Wandel in den Chefetagen ungenügend

Auf der Führungsebene von Unternehmen muss die Emanzipation weitergehen, schreibt Tanja Kewes im Handelsblatt (8.3.2024): »Der Frauenquote haben wir es zu verdanken, dass wir inzwischen rund 30 Prozent Frauen in den Führungsetagen der Dax-Konzerne haben. Doch warum ist nur eine von 40 Dax-CEOs weiblich? Und warum beträgt die gesetzliche Frauenquote für die Vorstände und Aufsichtsräte börsennotierter und paritätisch mitbestimmter Konzerne nur 30 und nicht 50 Prozent? Das würde die wahren Mehrheitsverhältnisse in der Gesellschaft widerspiegeln. Die Feministinnen der ersten Stunde haben ja auch das Wahlrecht für alle Frauen durchgesetzt und nicht nur für jede dritte oder nur für Frauen mit höherem Bildungsabschluss.«

Noch viele Aufgaben zu bewältigen

Auf ERR Online fragt Lee Maripuu (8.3.2024), was getan werden müsste angesichts der Tatsache, dass Estland beim geschlechtsbezogenen Gehaltgefälle mit fast 18 Prozent an der EU-Spitze liegt:

»Die Arbeitgeber tun gut daran, sich für eine transparente und diskriminierungsfreie Lohn- und Personalpolitik einzusetzen. Der öffentliche Sektor kann ein günstiges rechtliches Umfeld schaffen und die Arbeitgeber mit den richtigen Instrumenten unterstützen. ... Aber das Lohngefälle ist keine Frage des Glaubens, sondern der Daten. Der Arbeitsmarktforscher Figure Baltic Advisory hat auf eine interessante Tatsache hingewiesen: Je mehr ein Unternehmen glaubt, dass es kein geschlechtsspezifisches Lohngefälle gibt, desto wahrscheinlicher ist das Gegenteil der Fall.«

Mehr Frauen im Landtag per Gesetz? Warum ein Paritätsgesetz ein großer Fehler wäre

In der Saarbrücker Zeitung warnt Daniel Kirch (11.3.2024) vor eine gesetzlichen Frauenquote für den Saarländischen Landtag: »Überall, wo Landtage bisher Paritätsgesetze beschlossen haben, wurden sie umgehend vom Verfassungsgericht wieder einkassiert – übrigens nach Klagen von AfD und NPD. Die Urteile mit dem Tenor, dass verpflichtend paritätische Wahllisten dem deutschen Verfassungsgericht fremd sind, waren dermaßen eindeutig, dass man dieses Risiko im Saarland gar nicht erst eingehen sollte. Deshalb: Finger weg!« Die SPD-Fraktion habe auch ohne Paritätsgesetz einen Frauenanteil von 52 Prozent. Den Nachholbedarf bei der CDU müsse diese schon selbst regeln: »Will die CDU auf Dauer Volkspartei bleiben, wird sie schon aus Eigeninteresse ihren aktuell blamabel niedrigen Frauenanteil in Parlamenten erhöhen müssen. Nichts spricht

**deshalb gegen Frauenquoten in den Satzungen
der Parteien. Aber der Staat muss das nicht
diktieren.«**

zusammengestellt von Sigrid König

Inhalt

Demos gegen rechts – Die Mitte erwacht	S. 5
Buchkritik: Peter Hahne	S. 135
Lesercommentare zu Hahne	S. 146
Kommentare zm Weltfrauentag	S. 156

Schwerpunkt dieser 1. Ausgabe von Polygon sind die Proteste gegen rechts nach dem Potsdamer Extremistentreff.

Weitere Themen:

Kritik des Wutbuchs von Peter Hahne

Kommentare zum Weltfrauentag und zu einem geplanten Quotengesetz im Saarländischen Landtag



0218253117